

schen der theologischen Vertiefung des Problems und dem tatsächlichen missionarischen Bewußtsein in der Kirche andererseits bewußt.

Dieses Gefälle wird nicht nur bestimmt durch den Rückgang an Berufungen. Was die Lage der Kirche in den Missionsländern als prekär erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß zwar bereits in fast allen Ländern der Erde die kirchliche Hierarchie errichtet, die Kirche also juristisch-hierarchisch etabliert ist, daß es aber sowohl an der notwendigen Verwurzelung in der lokalen und regionalen Gesamtgesellschaft wie auch an moralisch, geistig und religiös hinreichend strukturierten Gemeinden fehlt. Die meisten Missionskirchen sind auf absehbare Zeit ohne fremde personelle und nicht nur materielle Hilfe kaum lebensfähig. Es bedürfte also besonderer Anstrengungen der Gesamtkirche, die wiederum nicht nur materieller Natur sein dürfen, um dem obersten Missionsziel, die Kirche „als Heilszeichen unter allen Völkern“ (E. Hillman, a. a. O., S. 161) nicht nur zu errichten, sondern auch fest zu verwurzeln, also nicht nur rechtlich zu begründen, sondern in den Lebensvollzügen der Völker präsent zu machen. So deutlich aber der Kirche heute das Missionsziel vor Augen steht, so unangemessen erscheint dazu der tatsächliche missionarische Elan, da auch Christen in ihrem religiösen Bewußtsein und in ihrem faktischen Verhalten mehr und mehr dazu neigen, Glauben, Religion und Kirche als Privatsache zu verstehen.

Neue Formen der Zusammenarbeit

Wie soll nun die Kirche angesichts dieser Hintergrund-situation die Zusammenarbeit zugunsten der Mission gestalten? Wie kann das neugewonnene Bewußtsein und das Wissen um die erhöhte Verantwortung für die Gesamtkirche in wirksame missionarische Aktivität umgesetzt werden? An konkreten Vorschlägen scheint es trotz der schrittweisen Einbeziehung neuer Formen missionarischer Hilfen (Diözesanpatenschaft, Missionare auf Zeit usw.) noch weitgehend zu fehlen. Bezeichnend dafür mag sein, daß in dem von J. Schütte herausgegebenen Standardkommentar zum Missionsdekret (Mainz 1967 mit Beiträgen von J. Ratzinger, Y. Congar und J. Neuner) kein Beitrag der Frage der gesamt-kirchlichen Zusammenarbeit gewidmet ist! Der Beitrag des römischen Pastoraltheologen D. Grasso, Die missionarische Mitarbeit, verbleibt in zu allgemeinen Überlegungen, obwohl einige sehr konkrete Fragen unmittelbar zur Lösung anstehen: z. B. in den Missionsgebieten die Zusammenarbeit zwischen der Hierarchie (den Diözesen) und den Missionsinstituten und zwischen den Missionsinstituten selbst, in der Gesamtkirche die Zusammenarbeit zwischen den Episkopaten, die als Kollegium unter der Leitung des Papstes die Verantwortung für die Gesamtkirche tragen. Wieweit sind die Missionsinstitute nach ihrem bisherigen Selbstverständnis ein Hindernis für die zunehmende Verselbständigung der Missionskirchen? Inwieweit wird durch sie und analog dazu von der zentralen Missionsleitung in Rom ein einseitig noch kolonialen Formen ähnliches Abhängigkeitsverhältnis aufrechterhalten?

Müßten nicht die traditionellen Formen missionarischer Unterstützung durch neue Wege „zwischenkirchlicher“ Hilfe, in denen die Missionskirchen als Partner zu ihrem Recht kommen, noch mehr ergänzt werden? Die bisherigen Schwierigkeiten mit der Verwirklichung der Reform der Propaganda fide zeigen, daß sich selbst in überschaubaren Bereichen Reformen nur sehr langsam durchsetzen.

Noch ist das Leitungsgremium der Kongregation aus Vertretern aller, „die am Missionswerk der Kirche mitarbeiten“ (Missionsdekret, Abschnitt 29) trotz der Bestätigung und der Fixierung der Mitgliederzahl auf 24 durch das Motu proprio *Ecclesiae sanctae* (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 469) nicht verwirklicht. Gegen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Bischofskonferenzen von Heimat- und Missionsländern bestehen zu Recht Bedenken (vgl. P. Volker in: *Repenser la Mission*. 35^{ème} Semaine de Missiologie de Louvain 1965, S. 286). Aber noch mehr Bedenken bestehen gegen einen noch verschärften Zentralismus. Eine Gesamtlösung kann nur in der Verwirklichung eines echten Partnerschaftsverhältnisses zwischen den christianisierten Ländern und den jungen Missionskirchen gefunden werden. Doch darf das Heil nicht in organisatorischen Maßnahmen allein gesehen werden. Noch mehr bedarf es der Verankerung des Missionsanliegens im gottesdienstlichen und gemeinschaftlichen Vollzug der Kirche. Die Gemeinden dürfen nicht in ihren eigenen Problemen ersticken.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Bibelarbeit in Deutschland nach dem Konzil Am 30. September 1967 konnte das Katholische Bibelwerk in Stuttgart im Rahmen einer biblischen Festakademie, an der sowohl die Vertreter des Evangelischen Bibelwerkes wie auch der Württembergischen Bibelanstalt durch offizielle Delegationen teilnahmen, sein neues Bibelhaus einweihen. Damit verfügt die Zentrale der katholischen Bibelarbeit in Deutschland endlich über eigene Räume für ihre vielfältigen Aufgaben. Dieses Ereignis steht nicht nur am Ende eines langen Weges, sondern markiert zugleich den Anbruch einer neuen Phase katholischer biblischer Arbeit im deutschsprachigen Raum, die durch die biblischen Impulse des Zweiten Vatikanischen Konzils bestimmt ist.

Die Ursprünge

Der Gründung der Katholischen Bibelbewegung e. V. im folgenschweren Jahr 1933, die aus einem biblischen Arbeitskreis von Geistlichen und Laien in Stuttgart erwuchs, war bereits ein längerer Prozeß katholischer Neubessinerung auf die Bibel vorausgegangen. Namen wie Wessenberg, Michael Wittmann, Johann Michael Sailer, Franz Overbeck, Johann Adam Möhler, Johann Baptist Hirscher, Päpste wie Leo XIII., Pius X., Benedikt XV., Pius XI., geistige Strömungen wie die Liturgische Bewegung, die Jugendbewegung, Stätten wie Beuron, Maria Laach, Klosterneuburg, Zeitschriften wie „Bibel und Liturgie“ sind hier zu nennen (vgl. dazu die Ausführungen in: Schildenberger, Lentner, Vogel, Knoch, Die Bibel in Deutschland, Stuttgart 1965). Diesen Strömungen gesellte sich nun die Bibelbewegung zu. Sie hatte sich vorgenommen, die Bibel unter den Katholiken zu verbreiten und zu deren Lesung anzuleiten. Darum wandte sie sich zunächst vor allem an die Seelsorger, denen durch eine vorwiegend apologetische und philologische Behandlung der Bibel im Ganzen der theologischen Ausbildung meist das Verständnis der Bibel eher verschüttet als geweckt worden war. Diese wollte sie durch Tagungen, Kurse und Vorträge für ein vertieftes Studium der biblischen Schrif-

ten und für eine biblisch ausgerichtete Predigt und Seelsorge gewinnen. Zugleich aber wurde versucht, den einzelnen katholischen Kirchenchristen selbst an die Bibel heranzuführen, sei es durch preiswerte hilfreich kommentierte Ausgaben der biblischen Bücher, sei es durch Lesepläne, biblische Kleinschriften und Hilfsbücher, eine biblische Zeitschrift. Vor allem aber wurde eine neue Form der Seelsorge geschaffen, die Bibelstunde. Sie gewann im Dritten Reich hohe Bedeutung für die Vertiefung und Festigung des Glaubens und für die geforderte Unterscheidung der Geister. Die Besten und Aufgeschlossensten unter den Seelsorgern und Gläubigen waren es, die sich dieser Bewegung zum Urzeugnis des Glaubens hin anschlossen. Kennzeichnend für diese Epoche war die gläubige Suche nach dem für den Glauben Wesentlichen; eine gediegene wissenschaftliche und methodische Basis aber fehlte, weil der Schwerpunkt der katholischen Theologie nicht auf biblischem Felde lag, eine eigenständige katholische Bibelwissenschaft zudem durch die schroffe, z. T. unerleuchtete Stellung der Kirche gegen Liberalismus und Modernismus aber sich noch nicht entfalten konnte. Dennoch hat diese Besinnung auf die Bibel aus gläubigem Instinkt heraus Entscheidendes zur inneren Erneuerung der Kirche beigetragen.

Begegnung mit der protestantischen Bibelbewegung

Die Wiederentdeckung der Bibel für den Alltag der Kirche und des Christen öffnete gleichzeitig den Blick für das Unnatürliche der Spaltung und schuf eine Basis für das Verstehen und Begegnen der getrennten Christen. Nicht mehr die Behauptung und Verteidigung des Eigenbesitzes am Glaubensgut stand nun im Vordergrund, sondern die Sorge um die gemeinsame Bewahrung in der Glaubens-treue, im gemeinsamen Zeugnis.

Auch bahnte sich in aller Stille eine schöpferische Begegnung mit der protestantischen Bibelwissenschaft in der katholischen Kirche an und führte unter Papst Pius XII. zu einer Öffnung der kirchlichen Führung gegenüber den Fragestellungen und Methoden moderner Erforschung der heiligen Schriften. Die Bibelenzyklika Pius' XII. *Divino afflante Spiritu* aus dem Jahre 1943 signalisiert bereits diesen Prozeß.

So bedeuteten die Unterdrückung und das Verbot der katholischen Bibelbewegung durch die nationalsozialistischen Machthaber, auch die Ausbombung seiner Zentrale in Stuttgart 1944, nicht nur ein äußerlich sichtbares Ende der bisherigen Arbeit, sondern wiesen darüber hinaus auf das Neue hin, das nun diesem Werk im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Kriege aufgetragen war, auf breiter Ebene Seelsorger und Gläubige an die Fragestellungen und Einsichten der wissenschaftlichen Erforschung der Bibel heranzuführen und sowohl Verkündigung, Unterricht, seelsorgliches Wirken wie auch christliches Leben von den Aussagen und Lebenswerten der Heiligen Schrift her zu durchformen. Begeisterung für die Bibel allein konnte nun nicht mehr genügen, ebenso nicht, die Aufgaben biblischer Erneuerung der Seelsorge allein den Mitgliedern des Bibelwerkes zu überlassen. Es war nun nötig, daß die Bischöfe dieses Werk personell und finanziell unterstützten, in den einzelnen Diözesen seine Ziele aufgriffen und förderten, ihm auch die Möglichkeit verschafften, auf breiter Ebene die katholischen Christen selbst anzusprechen und für die Mitarbeit zu gewinnen.

Daß diese Neuorientierung des Bibelwerkes im Ganzen der deutschen katholischen Kirche energisch eingeleitet

werden konnte, ist nicht nur der Neubesetzung der Leitung des Bibelwerkes mit Vertretern der noch jungen Generation katholischer Bibelwissenschaftler zu verdanken, sondern zugleich der Aufgeschlossenheit vieler maßgeblicher Theologen und Bischöfe für biblische Fragen, allen voran des jetzigen Bischofs von Rottenburg, der als Protektor des Bibelwerkes dessen Ziele immer wieder seinen Mitbrüdern im Amte nahebrachte und diese für wichtige Initiative des Bibelwerkes gewann. In der Bibelaktion und der biblisch-ökumenischen Ausrichtung des 80. Deutschen Katholikentages 1964 in Stuttgart kulminierten diese vielfältigen biblisch-pastoralen Antriebe und Komponenten. Dieser Katholikentag war bereits geprägt von dem großangelegten Versuch der Führung der katholischen Kirche, die nachreformatorischen Verhärtungen und die Abwehrstellung zur modernen Welt zu überwinden und sich von einer Rückkehr zum Evangelium her neu und glaubwürdig der Gegenwart zu stellen. Rückkehr zum Evangelium, Öffnung zur Welt, Sorge um die Einheit der Christen, diese Leitlinien des Konzils stimmten weithin mit den Zielsetzungen des Bibelwerkes überein und verliehen nun diesem Werk hohe Aktualität; gleichzeitig wuchsen dadurch dem Bibelwerk neue Aufgaben zu. Die Arbeit des Bibelwerkes war nun für die Kirche lebensnotwendig geworden. War ihm bis dahin vorwiegend der Bereich der Vertiefung und Erbauung des Glaubens der Gläubigen überlassen, wurde es nun zu einem maßgeblichen Instrument der kirchlichen Seelsorgs- und Verkündigungsaufgabe.

Bibel und Verkündigung

Der großangelegte Versuch, das Glaubensgut der Kirche auf die Fragestellungen der Gegenwart neu zu überdenken und daraufhin neu zu formulieren, muß notwendig Unruhe im bisher allzu festgefühten Besitzstand der katholischen Gläubigen schaffen und muß vor allem die Träger der Verkündigung und Lehre in der katholischen Kirche in Krisen und Unsicherheit stürzen. Soll dieser Prozeß des Umdenkens daher gelingen, müssen alle dazu beitragen, die dazu berufen sind, allen voran die Bibelwissenschaftler und Pastoraltheologen. Die Träger der Verkündigung, Seelsorger und Lehrer, gilt es mit den neuen Ergebnissen und Methoden vertraut zu machen und zugleich Handreichungen für diesen Verkündigungsdienst zu schaffen. Immer wieder ist auch gefordert, sich öffentlich all dem zu stellen, was an Fragen und Meinungen an die Kirche herangetragen wird; darüber hinaus ist es nötig, den Gläubigen selbst zu einem vertieften Glauben zu helfen, um so dem Sog der modernen Welt standzuhalten und darin sich zu bewähren. Darum muß auch der Gottesdienst, das Beten und Feiern der Kirche neu gestaltet werden von den Quellen der Offenbarung her. Zugleich gilt es, zusammen mit den getrennten Christen das Evangelium neu zu verkündigen, sowohl im Raum der säkularisierten alten Welt wie auch unter den nichtchristlichen Völkern.

Schaut man auf diese Aufgaben, ist allerdings zuzugeben, daß das Bibelwerk wieder erst am Anfang steht. Doch sind bereits gute Fundamente gelegt, auf denen weitergebaut werden kann. So wurde auf Antrag des Bibelwerkes bei der Deutschen Bischofskonferenz eine Unterkommision für biblische Fragen unter dem Vorsitz von Weihbischof Professor Eduard Schick, einem angesehenen Exegeten, gebildet; als Konsultoren sind vorgesehen die bekannten Bibelwissenschaftler Deißler, Groß, Haag,

Schnackenburg und Vögtle sowie der Direktor des Bibelwerkes, O. Knoch. Dieser Unterkommission wird es obliegen, die Bischofskonferenz in biblischen Fragen zu beraten, für biblische Ziele aufzuschließen und alle An gelegenheiten, welche die Bibel betreffen, aufeinander abzustimmen.

Seit einigen Jahren ist das Bibelwerk im Auftrag der deutschen, schweizerischen und österreichischen Bischöfe mit der Vorbereitung einer einheitlichen deutschen Übersetzung der heiligen Schriften aus den Urtexten betraut, die überall dort Verwendung finden soll, wo die Bibel kirchlich gebraucht wird, vor allem in der Liturgie.

Rund 40 Fachleute, vorwiegend Exegeten, daneben aber auch solche für Liturgie, Katechese und Germanistik arbeiten seit 1963 an diesem Werk, von dem in absehbarer Zeit Probetexte veröffentlicht werden sollen.

Eine neue dreijährige biblische Leseordnung für die Sonn- und Festtage sowie eine zweijährige für die Werktage soll ab Ende nächsten Jahres in der gesamten Kirche eingeführt werden, wodurch alle wichtigen biblischen Texte den Gläubigen in der Liturgie nahegebracht werden. Dies erfordert aber die Bereitstellung entsprechender Hilfsmittel für eine gottesdienstliche Auslegung dieser biblischen Texte. Eine neue Perikopenordnung allein führt noch nicht zu vertieftem Verständnis der Schrift. Gediegene, vor allem praktikable biblische Predighilfen fehlen aber im katholischen Raum noch weithin. Es ist noch nicht einmal abschließend geklärt, was biblisch predigen praktisch heißt. Der Religionsunterricht wird z. Z. neu gestaltet, wobei die Erschließung des Wortes Gottes Grundlage und Mitte der Glaubenserziehung bildet, dafür müssen aber neue Lehr- und katechetische Hilfsbücher geschaffen, vor allem aber die Religionslehrer besser als bisher ausgebildet werden. Die Diskussion religiöser Fragen in der Öffentlichkeit ruft nach einer überzeugenden Information und Glaubenschulung der aufgeschlossenen Kirchenchristen. Diese Schulung kann aber nicht nur sporadisch angepackt werden, soll sie gelingen, sondern muß auf breiter Ebene erfolgen. Vor allem ist hierzu die Ausbildung einer breiten Schicht von Trägern dieser Bildungsarbeit erforderlich.

Mit den heutigen Bibelausgaben kann der gutwillige katholische Christ weithin nicht viel anfangen. Selbst bei bestem Willen erlahmt nach kurzer Zeit meist die Bereitschaft, die Bibel regelmäßig zu lesen. Dies gilt auch für die Bibelausgaben des evangelischen Raumes. Es wird sicher noch vieler Versuche bedürfen, hier eine Lösung zu finden, die sowohl der Forderung der Texttreue wie auch der Brauchbarkeit für den heutigen Christen entspricht.

An gediegenen und zugleich pädagogisch geschickt gestalteten biblischen Erziehungs- und Verstehenshilfen für die Hand der katholischen Kirche mangelt es noch weithin. Auch fehlen auf der wissenschaftlichen Ebene Kommentare und Untersuchungen katholischer Bibelwissenschaftler zu zentralen theologischen Fragen und wichtigen biblischen Schriften, was sich für die biblische Bildungsarbeit hemmend auswirkt.

Woran es fehlt

Zwar gibt es erfreuliche Ansätze zur biblischen Zusammenarbeit mit den evangelischen Christen auf dem Felde der Bibelausgaben und der Publizistik, doch ist es noch nirgends zu weittragender Zusammenarbeit gekommen, was besonders auf dem Felde einer gemeinsamen Bibelübersetzung höchst bedauerlich ist. Immerhin ist diese Zusammenarbeit programmatisch herausgestellt und einge-

leitet worden durch ein Treffen zwischen den Leitern des Weltbundes der Evangelischen Bibelgesellschaften und den Beauftragten des römischen Einheitssekretariates im Januar dieses Jahres in Rom. Dabei wurde beschlossen, auf dem Felde der Übersetzung und Verbreitung der Schrift soweit als möglich zusammenzuarbeiten und alle Wege zu gehen, die zu einer möglichst gemeinsamen Arbeit führen. — Eine zentrale biblische Informationsstelle auf katholischer Seite ist bisher aus Mangel an Mitteln nicht zustande gekommen. Auch ist eine gezielte biblische Bildungsarbeit in Funk und Fernsehen noch nicht in Angriff genommen worden. Vor allem aber fehlt es an einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle im Rahmen einer theologischen Fakultät, die den Fragen der Umsetzung der biblischen Botschaft in die Seelsorge und in den öffentlichen Raum hinein methodisch nachgeht und die Prinzipien für eine solche biblisch-kerygmatische Arbeit erforscht sowie zugleich die pastoralen Ansatzpunkte dafür aufzeigt und Hilfen schafft für eine fruchtbare biblische Verkündigung und Bildungsarbeit im Raum der heutigen Kirche und Welt. Eine Fülle von Aufgaben, von deren Bewältigung abhängt, ob das Vorhaben des Konzils gelingt, den Menschen unserer Zeit eine neue Begegnung mit dem Evangelium zu schaffen.

Die Organisation des Werkes

Das Bibelwerk hat diese Aufgaben in den Blick gefaßt und weiß sich ihnen verpflichtet. Durch Gutachten und Vorschläge, durch eine weitgespannte Organisation, durch Zusammenführen der katholischen Bibelwissenschaftler, durch seine Bildungsarbeit und Publikationen sucht es ihnen gerecht zu werden. Es ist auch in den vergangenen Jahren entscheidend vorangekommen.

Wie am Anfang seines Weges arbeitet es auch heute als kirchlich und staatlich anerkannte Bildungsgemeinschaft (e. V.), die vor allem von ihren Mitgliedern, z. Z. rund 50 000, aber auch von Mitteln der deutschen Bischöfe getragen wird. Die Mitgliederversammlung wählt alle drei Jahre einen Vorstand. Vorsitzender ist z. Z. Prof. Herbert Haag, Tübingen, Stellvertretender Vorsitzender Prälat Josef Steinberg, Köln; neben einigen Seelsorgern gehören dem Vorstand auch drei Laien an, Karl Wolfer, Geislingen, Prof. Paul Mikat, Bochum, und Frau Marianne Dirks, Freiburg. Als bischöflicher Referent und Protektor fungiert der Bischof von Rottenburg, K. J. Leiprecht, als dessen Beauftragter wirkt Prälat Karl Singer. Mit der Geschäftsführung ist ein hauptamtlich angestellter Direktor betraut, z. Z. Msgr. Otto Knoch, der in Tübingen im Neuen Testament doktoriert hat. Neben ihm wirken drei weitere hauptamtliche Referenten, junge Geistliche, die über eine biblische Fachausbildung verfügen, außerdem zwei Laientheologen, die vor allem mit Lektoratsarbeiten betraut sind. In allen Diözesen ist ein vom Bischof ernannter Diözesanbeauftragter für die biblischen Ziele des Werkes verantwortlich; 25 namhafte Exegeten des Welt- und Ordensklerus gehören z. Z. dem Wissenschaftlichen Beirat an, der vor allem beratend und gutachtlich tätig ist. Schwerpunkte der Arbeit bilden z. Z. die biblische Weiterbildung von Seelsorgern, Religionslehrkräften sowie die Sorge um biblische Information und Glaubensvertiefung aufgeschlossener Katholiken. Die Bildungsarbeit geschieht in Verbindung mit den überdiözesanen, diözesanen und örtlichen Bildungseinrichtungen, z. B. mit den bischöflichen Seelsorgeämtern und Priesterbildungs- bzw. Lehrerbildungsreferaten, mit Diözesanakademien und Erwach-

senenbildungseinrichtungen, mit Verbänden, Gruppen und örtlichen Bildungswerken. Die Zentrale berät in der Auswahl der Themen, bietet Referenten an oder schlägt solche vor — sie verfügt dazu über eine Referentenkartei, die sie z. Z. ausbaut und neu faßt —, vermittelt Erfahrungen, weist auf geeignete Literatur zur Vorbereitung oder Nacharbeit hin und macht Literatur und Hilfsmittel für Ausstellungen namhaft, stellt auch Ausstellungsmaterial zur Verfügung. Dabei stehen meist Themen im Vordergrund, die durch die moderne Exegese und Diskussion kontrovers geworden sind, wie Schöpfungsberichte, Wunder, historische Jesus und Christusglaube der Kirche, Kindheitsgeschichten, Engelauffassung, Osterberichte. Gefordert ist hier, offen zu antworten und die neuen Ergebnisse in einer Weise darzubieten, die den überlieferten Glauben vertieft und besser zu sehen lehrt. Daß solche Vermittlungsarbeit zu einer Zeit, da viele Fragen im katholischen Raum wissenschaftlich noch nicht voll geklärt sind, nicht leicht ist und manchmal Mißverständnisse hervorruft, vor allem bei solchen, die zum erstenmal mit den neuen Denkformen und Ergebnissen der modernen katholischen Bibelwissenschaft und Theologie in Verbindung kommen, darf nicht verwundern. Daß das Bibelwerk bei dieser Aufgabe sich dennoch des Vertrauens der Bischöfe erfreut, kann als Zeichen für die weithin gelungene und aufbauende Art seines Wirkens gewertet werden.

Informations- und Bildungsarbeit

Einen maßgeblichen Faktor dieser Informations- und Bildungsarbeit stellen die Publikationen des Bibelwerkes dar. An erster Stelle sind hier die Zeitschriften zu nennen, welche die Mitglieder gegen einen geringen Jahresbeitrag (DM 3.— für Studierende, DM 8.— für Vollmitglieder) viermal jährlich erhalten. Sie sind auch im Buchhandel verfügbar. „Bibel und Kirche“ (38 000 Exemplare) richtet sich mehr an Seelsorger, Lehrer und biblisch Vorgebildete, die Bibelillustrierte „Bibel heute“ (23 000 Exemplare) ist für breitere Kreise bestimmt. Beide Zeitschriften bauen dabei auf den Ergebnissen der heutigen katholischen Exegese auf, versuchen aber zugleich, diese Einsichten auf lesbare und lebendige Weise zu bieten. Daß dieser Versuch, zwischen Wissenschaft und aufbauender Verständlichkeit einen gangbaren Weg zu finden, nicht immer befriedigend gelingt, braucht hier nicht besonders betont zu werden.

Im Dienst des Brückenschlags zwischen Wissenschaft und Seelsorge, Forschung und Unterricht, Lehre und Leben, stehen auch die Veröffentlichungen des angeschlossenen Verlages, Kath. Bibel-Werk GmbH, so die Monographienreihe: Stuttgarter Biblische Monographien; die biblisch-liturgische Reihe: Am Tisch des Wortes, wohl die anspruchsvollste Hilfe des Verkündigers gegenwärtig; die ein überaus positives Echo findende Informationsreihe über wichtige biblische Stellungnahmen der Kirche, Fragestellungen und Ergebnisse der modernen katholischen Bibelwissenschaft: Stuttgarter Bibelstudien, die bewußt auch heiße Eisen anpacken; schließlich die Werkheftreihe zur praktischen Bibelarbeit, die neue Wege für biblische Arbeitskreise erschließt. Zu nennen sind hier noch Bibellesepläne, Kleinschriften zu wichtigen biblischen Fragen, biblische Hilfsbücher, der zwanzig Hefte umfassende Kleine Kommentar zum Neuen Testament mit einer Gesamtauflage von über 250 000. Etwa 300 Teilnehmer haben mit diesen Heften einen zweijährigen Fernkurs über das Neue Testament absolviert. Zu nennen wären noch

Kinderbibeln, biblische Schallplatten für Kinder, Karten zur biblischen Geschichte, biblische Kindergebetbücher und biblische Wandkalender, die sich durch sorgfältige Gestaltung auszeichnen. Vor allem aber hat das Bibeljahrbuch, das zusammen mit dem Sebaldis-Verlag, Nürnberg, seit drei Jahren herausgegeben wird, als biblischer Jahrweiser mit 90 000 Exemplaren seinen Weg in die Familien gefunden.

Zusammen mit dem Altenwerk des Caritasverbandes sorgte das Bibelwerk für eine ansprechende und preiswerte Großdruckausgabe des Neuen Testaments. Die mit dem Pattloch-Verlag und dem Borromäusverein 1966 herausgebrachte Familienbibel dürfte nach Kommentierung und Ausstattung z. Z. im deutschen Sprachraum keinen Konkurrenten haben. Daneben wirkte das Bibelwerk beratend an Funk und Fernsehen mit und weist auf geeignete Mitarbeiter hin. Ein besonderes Lob der deutschen Bischofskonferenz erfuhren die biblischen Studienreisen in die Länder der Heiligen Schrift, die mehrfach im Jahr unter wissenschaftlicher Leitung — Gesamtleitung Prof. Haag — in kleinen Gruppen durchgeführt werden und deren Eigenart man am besten als biblisch-archäologisch-zeitgeschichtliche Seminare bestimmen kann. Eine biblische Auskunftei steht allen zur Verfügung, die Antwort auf biblische Fragen suchen. Von dieser Möglichkeit haben viele in den vergangenen Jahren Gebrauch gemacht. Erwähnenswert sind auch die Fonds für biblische Vorhaben und Bedürfnisse der Missionen und der Länder im Osten, das Material für Ausstellungen über die Bibel, die Sammlung alter und neuer katholischer Bibelausgaben.

Internationale Zusammenarbeit

Von Anfang an bestand enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Unternehmungen der Schweiz und Österreichs. Die Schweizer Katholische Bibelbewegung wurde 1935 auf Anstoß des Bibelwerkes gegründet, das Österreichische Bibelwerk 1965 nach dessen Vorbild errichtet. Beide Werke beziehen seit vergangenerem Jahr die Zeitschriften des Bibelwerkes für ihre Förderer und Mitglieder. Alle drei Werke tragen an der Vorbereitung der Einheitsübersetzung mit.

Zwar bestehen gute Kontakte zum Sekretariat Bea in Rom, das ja eine eigene Sektion für die Fragen der biblischen Arbeit in katholischen Ländern und der Zusammenarbeit mit den entsprechenden Einrichtungen des Weltbundes der Bibelgesellschaften hat, zu einer Zusammenarbeit der katholischen biblischen Institutionen Europas ist es aber noch nicht gekommen.

Mit dem Weltbund der Bibelgesellschaften, dem Evangelischen Bibelwerk in Deutschland und der Württembergischen Bibelanstalt verbinden das Bibelwerk seit Jahren enge Kontakte. Neben regelmäßiger gegenseitiger Information sei vor allem auf den gemischten Übersetzerausschuß zwischen dem Katholischen und dem Evangelischen Bibelwerk hinzuweisen, der eine einheitliche Fassung wichtiger biblischer Texte, vor allem der Lesungen der Hochfeste des Kirchenjahres, auf der Grundlage der kath. Einheitsübersetzung vorbereitet. Die bisherige Arbeit hat dabei gezeigt, daß es auf dem Felde der Übersetzung der Heiligen Schrift keinerlei konfessionelle Hindernisse gibt. Daß es trotzdem bisher zu keiner umfassenden Zusammenarbeit für eine deutschsprachige Bibelübersetzung kam, hat wohl vor allem darin seinen Grund, daß die letzte Revision der Lutherübersetzung nach langen Jahren der Vorbereitung erst 1965 in der Evangelischen Kirche ein-

geführt wurde und daß darüber hinaus der Luthertext auch die protestantischen Gruppen umfaßt, die nicht dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen sind. Dennoch besteht die Hoffnung, daß die großen Möglichkeiten des Zusammenwirkens auf biblischem Felde auch in Deutschland fortschreitend genutzt werden können. Auf höchster Ebene wurde diese Zusammenarbeit bereits programmatisch herausgestellt und offiziell eingeleitet durch ein Treffen zwischen den Leitern des Weltbundes der Bibelgesellschaften und den Beauftragten des römischen Einheitssekretariats im Januar dieses Jahres in Rom. Dies alles ist verheißungsvoll, doch fehlte es dem Bibelwerk, gemessen an den anstehenden großen Aufgaben und Möglichkeiten, vor allem noch an wissenschaftlichen Mitarbeitern und an Mitteln für eine weitgespannte Arbeit. Daher wird es entscheidend darauf ankommen, ob die Bischöfe noch mehr als bisher ihm bei seinen Aufgaben helfen, ob es gelingt, einen starken Fördererkreis zu schaffen und die Mitgliederzahl zu erhöhen. Soll „die Kirche sich erneuern durch die gesteigerte Verehrung des Wortes Gottes“ (Dekret über die göttliche Offenbarung), bedarf es eines klugen und zielbewußten Zusammenwirkens aller, die sich für die Sache Christi in der Kirche verantwortlich wissen. Die Sehnsucht, das Wort Gottes zu hören, prägte entscheidend das Schicksal der Kirche im deutschen Raum; von der gemeinsamen Sorge aller wachen Christen um das Wort Gottes wird es abhängen, ob die getrennten Christen zusammenfinden und ob das Zeugnis der Kirche gehört und gelebt wird. Gerade die Christen, die katholischen Christen des deutschsprachigen Raumes, haben hierzu Entscheidendes beizutragen.

**Kirchenfunk-
Tagung mit
Teilnehmern
aus den Oststaaten**

Unter dem Titel „Kirchenfunk zwischen Ost und West“ und veranstaltet vom Kirchenfunk des Österreichischen Rundfunks fand in Wien vom 20. bis

23. September 1967 eine Informationstagung für Kirchenfunkredakteure statt, an der als Vortragende auch einige Chefredakteure katholischer Blätter aus den Oststaaten teilnahmen, nämlich Bela Saád vom „Uj Ember“ (Budapest), Witold Jankowski vom Organ der Pax-Bewegung „Slowo Powzechne“ (Warschau) und Wladimir Pavlinic vom „Glas Koncila“ (Zagreb), während der vorgesehene tschechoslowakische Vertreter (evang. Kirche) und der Rumäne, ein Orthodoxer, nicht kommen konnten (letzterer allerdings aus innerkirchlichen, nicht staatlichen Schwierigkeiten). Sie berichteten vom Stand der katholischen Presse und des Rundfunks ihrer Länder: daß in Ungarn drei katholische Zeitschriften und bald eine vierte existieren und im Rundfunk für die katholische Kirche monatlich eine halbe Stunde Sendezeit zur Verfügung steht, die für 10 Minuten Evangeliumbetrachtung und 20 Minuten sakraler Musik verwendet wird; daß in Polen 27 Wochenzeitungen existieren, doch mit Schwierigkeiten in der Papierzuteilung zu kämpfen haben, und daß es keinerlei Rundfunksendungen religiösen Inhalts gibt; daß in Jugoslawien die meistgelesene katholische Zeitung, „Glas Koncila“, ohne jede Schwierigkeit in der Drucklegung und ohne staatliche Zensur eine Auflage von 170 000, an kirchlichen Hochfesten 230 000 erreicht, und zwar in Kirchen und im Einzelabonnement, während ein Vertrieb in den Zeitungskiosken noch nicht gelungen ist, und daß keine religiösen Sendungen existieren. Die Berichte waren im ganzen optimistisch gehalten. Die Vor-

tragenden unterschieden zwischen Atheismus und Kommunismus und betonten, daß ihnen ein öffentliches Auftreten gegen den Atheismus keine Schwierigkeiten einbringe. Deutlich wurde, daß die Lage der Christen in den kommunistischen Ländern nicht einheitlich ist und daß sie sich auch verschieden dazu einstellen.

Die Eröffnungsansprachen hielten Bischof S. Laszlo (Eisenstadt), Referent für Rundfunkfragen in der österreichischen Bischofskonferenz, und der Generalintendant des Österreichischen Rundfunks, Gerd Bacher. Außer den drei Berichten aus Ungarn, Polen und Jugoslawien wurde nur ein Vortrag gehalten, von René Marčić, dem Rektor der Universität Salzburg, über „Österreichs Standort in der Welt“. Doch wurde ein reiches Empfangs- und Besuchsprogramm entwickelt: bei Kardinal König, bei Bischof Žak (St. Pölten), beim evangelischen Superintendenten, beim Bürgermeister von Wien, bei der niederösterreichischen Landesregierung sowie der Besuch des Stiftes Melk und der Gotikausstellung in Krems. Nicht zu unterschätzen sind die vielen persönlichen Kontakte und Gespräche bei Gelegenheit dieser Empfänge, die vielleicht das Wichtigste waren. Eine greifbare Frucht der Tagung ist der Beschluß für eine gemeinsame Programmgestaltung im Kirchenfunk der Staaten untereinander.

Aus dem Vatikan

**Vatikanische
Richtlinien für den
Dialog mit den
nichtchristlichen
Religionen**

Das Sekretariat für die Nichtchristen hat am 21. September 1967 unter dem Titel „Für die Begegnung der Religionen“ einen Leitfaden zum Dialog mit den Mitgliedern nichtchristlicher Religionsgemeinschaften veröffentlicht. Die unter Federführung des Sekretärs des Sekretariats, P. Pierre Humbertclaude SM, abgefaßten Richtlinien wurden zunächst nur in französischer (vgl. „Documentation Catholique“, 1. 10. 67, Sp. 1655—1692) und englischer Sprache (NC News Service vom 27. 9. 67) verbreitet. Offenbar wegen der von der Synode geforderten Aufmerksamkeit hat diese Veröffentlichung bisher wenig Beachtung gefunden. Die acht Kapitel des Dokumentes — insgesamt etwa vom Umfang einer Enzyklika — stellen den ersten und allgemeinen Teil eines geplanten Wegweisers für den Dialog mit den Nichtchristen dar, in dessen zweitem Teil die einzelnen Religionsgemeinschaften von Fachleuten des jeweiligen Gebietes gesondert behandelt werden sollen. Wie der Präsident des Sekretariats, Kardinal Paolo Marella, einleitend bemerkt, hatten die Ordinateure einen derartigen Leitfaden vielfach gefordert. Dieser erste Teil soll nun die psychologischen und praktischen Probleme behandeln, die sich grundsätzlich bei der Begegnung mit allen Völkern und Religionen ergeben. Gleichzeitig kündigt der Kardinal ein in Vorbereitung befindliches Handbuch an, das religionswissenschaftlichen Fragen, vor allem dem Verhältnis von Religion und Glaube gewidmet sein soll. Das Vorwort des Sekretariats betont schließlich, der Dialog sei zwar das Anliegen eines jeden Christen, er erfordere aber eine „ungewöhnliche intellektuelle Qualifikation“, „exakte Quellenbenutzung“ und „Ausgewogenheit zwischen Initiative und kluger Vorsicht“.

Der Begriff Dialog, wie er im vorliegenden Dokument impliziert ist, geht von der Voraussetzung aus, daß das

Christentum zwar in einzelnen Punkten von den anderen Religionen eigenen Werten befruchtet und bereichert werden könne, daß die gegenseitige Annäherung, der Dialog, jedoch schließlich dazu dienen müsse, diese Werte anderer Glaubensgemeinschaften als gottgewollte Vorbereitung auf die Botschaft des Christentums zu erkennen und so die anderen Religionen an die geoffenbarte christliche Religion heranzuführen. In diesem Sinne nimmt das Dokument auch ausdrücklich Bezug auf das Dialogverständnis Pauls VI., wie es in seiner Enzyklika *Ecclesiam suam* (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 567) zum Ausdruck kommt, sowie auf zahlreiche Konzilsdokumente.

Ein kürzeres erstes Kapitel kennzeichnet den Dialog als einen „Weg der Liebe und des Glaubens“. Der Ausgangspunkt für jede Annäherung an andere Religionen sei die Liebe, das Bemühen müsse aber begleitet sein von der Erkenntnis der Größe des „übernatürlichen Lebens, das uns in der Taufe vermittelt wird“. Die Liebe, „die auf *Einheit* drängt“, und der Glaube, „der auf der *Unterscheidung* besteht“, schlossen sich nicht aus, sie seien vielmehr „komplementäre Elemente“. Zwar dränge die Liebe zu „Einheit durch Angleichung“, jedoch „müssen wir ganzheitlich wir selbst bleiben, ohne eine Preisgabe oder einen Kompromiß in Glaubensdingen“.

Gewissen und Tradition

Mit „einigen lehramtlichen Fragen“ befaßt sich das zweite Kapitel, nämlich mit dem „Ursprung, dem Wesen und dem Ziel des christlichen Glaubens“, mit der Situation der Nichtchristen gegenüber Gottes Heilswillen und der Bedeutung der positiven Elemente in den einzelnen Religionen. Alle Religionen seien in der letzten Analyse „der soziale und institutionelle Ausdruck des religiösen Bewußtseins eines Volkes. Gnade und Sünde existieren deshalb in ihnen nebeneinander.“ Wenn auch das Evangelium nicht auf die gleiche Stufe wie die anderen Religionen gestellt werden könne, so seien doch die „ursprünglichen und echten Elemente“ der nichtchristlichen Religionen, als ein Ausdruck der religiösen Veranlagung des Menschen und des in ihm grundgelegten moralischen Gesetzes, von Gott ausgewählte Wege „in Hinblick auf das Heil und die Kirche, zu denen hin nach der Aussage der Propheten die geistlichen Gaben der Völker führen“. Gegenüber den Religionen wolle sich die Kirche nicht auf Verkündigung und Zeugnis beschränken, sie bemühe sich vielmehr heute auch um einen „wirklichen Dialog auf *menschlicher Ebene*“. Das bedeute „freien und freundschaftlichen Kontakt“ zum Wohl der gesamten Gesellschaft und gleichzeitig zu gegenseitiger Erkenntnis der religiösen Werte im anderen. Daran erst könne sich der *religiöse* Dialog anschließen. Die Kirche sei zuversichtlich, daß ein solcher Dialog dazu dienen werde, „den Weg des Herrn zu bereiten und zum Heil der Nichtchristen beizutragen“. Das Maß des „Vorbereitetseins auf das Evangelium“ könne gemessen werden an dem „Kriterium der christlichen Offenbarung und der natürlichen menschlichen Vernunft, die im Reich der Schöpfung verankert ist“. Jede „Bejahung der Kreatur und ihrer grundlegenden Werte“ sei Gott wohlgefällig. Das betreffe auch die Riten, Zeremonien und Bräuche, die gesamte Kultur der Völker, die Philosophie, die Theologie und das geistliche und religiöse Leben.

Der nächste Abschnitt widmet sich in knapper Form einigen religionswissenschaftlichen Themen, die in dem

angekündigten Handbuch ausführlich behandelt werden sollen. In Übereinstimmung mit der Offenbarung hätten die Überlegungen der Psychologie und der Philosophie zu dem Ergebnis geführt, daß im Menschen ein Bereich sei, der sich eindeutig charakterisieren lasse durch aktive oder passive Bindungen an „eine letztgültige Realität“, an die sich der Mensch „in seinen Freuden und Leiden wendet und von der er auf irgendeine Weise Heil erwartet“. Diese „religiöse Disposition“ sei nicht „etwas Sekundäres oder am Rande Liegendes“, sondern in die „innersten Tiefen seines Seins eingepägt“. Wenn auch im allgemeinen das religiöse Bewußtsein „auf gesellschaftlichen Traditionen und nicht nur auf persönlicher Reflektion grundgelegt“ sei, so könne doch das persönliche Gewissen nicht von diesen Traditionen „verdunkelt“ werden, sondern „ebenso wie es sich ihnen konform machen kann, kann es diese auch kritisieren und, wenn nötig, sich dagegen auflehnen“. Die Kirche müsse deshalb lernen, in der Seele des Menschen, in der „*anima naturaliter christiana*“, zu lesen und mit Aufmerksamkeit in jeder Religion „das ehrliche Streben nach Vollkommenheit, den Weg der Selbsterreinigung und den Gehorsam gegenüber dem höchsten Gut sowie die Suche nach dem Unendlichen“ verfolgen, da diese die „bevorzugte Basis für den Dialog“ darstellten. Das betreffe auch die objektiven Aspekte der einzelnen Religionen, wie Mythos, Symbolismus, Ritus und Magie, Religionsphilosophie, Dogmen, Opfer und Gebet, Moral und Naturrecht, Selbsterziehung, Kontemplation und mystisches Leben, in denen Anknüpfungspunkte und Gemeinsames, aber auch Gefahren erkennbar seien. „Es ist notwendig, sich zu erinnern“, heißt es in dem Abschnitt zum Mythos, „daß das Christentum eine Struktur besitzt, die radikal verschieden ist von der des Mythos, und jeder Versuch einer Entmythologisierung des Christentums gerät mit den Worten der Apostel selbst in Konflikt“ (Verweis auf 1 Tim. 1, 4).

Berufung und Ausbildung zum Dialog

Die beiden folgenden Kapitel betreffen die Berufung und Vorbereitung für den Dialog mit den Nichtchristen. Die universal ausgerichtete Kirche habe für jedes Talent eine Aufgabe, und das gelte auch für den Dialog. Die Aufgaben und Möglichkeiten der verschiedenen Stände und Gruppen in der Kirche werden genannt, so auch die besondere Rolle der Konvertiten, die eine „Brücke“ bilden könnten zwischen ihrem früheren und ihrem jetzigen religiösen Milieu. Ein längerer Abschnitt betrifft die Verantwortung der Laien, wobei die Möglichkeiten der Katholischen Aktion hervorgehoben werden. Große Bedeutung wird auch der Frau beigemessen. Der Dialog erfordere „aufgeweckte Psychologie, Wissen und Takt, vor allem aber Begeisterung und die Wärme der Liebe“. Im „gelebten Glauben“ müsse der „unerläßliche Ausgangspunkt“ gesehen werden, dazu aber sollten gründliche Kenntnisse der eigenen sowie der Glaubenswelt des Partners hinzukommen. Welche Schwierigkeiten auftreten können und wie häufig trotz aller Vorbereitung Grenzen sichtbar werden, wird an einem Beispiel aus der Missionsgeschichte erläutert: ein Gefährte des hl. Franz Xaver habe aus Japan an seine Ordensoberen geschrieben, er begegne Schwierigkeiten, auf die ihm weder Scotus noch Thomas von Aquin eine Antwort geben könnten. Schließlich müsse für jede Ländergruppe und Religion eine „Ad-hoc-Methode“ entworfen werden, wie es das Dekret *Ad gentes* (Abschnitt 16, Absatz 4) für die missionarische

Tätigkeit vorsehe. Die erforderliche Anpassung beziehe sich auch auf die landesüblichen Sitten und Tabus und, auf einer noch schwierigeren Ebene, auf die Geisteshaltung, die Denkkategorien und die einheimische Philosophie.

„Zeugnis zu geben ist die Pflicht von allen, die sich mit dem Dialog befassen.“ Das ist das Thema des sechsten Kapitels. Zwar wirkten die Christen schon dadurch als Zeugen, daß sie vielfach als Minderheit unter Andersgläubigen lebten und deshalb deren besonderer Beobachtung ausgesetzt seien. Sie müßten aber gekennzeichnet sein durch „echte Überzeugung von den Glaubenswahrheiten und entsprechende Lebensführung“. Während die Moralgesetze in den meisten Religionen im großen und ganzen übereinstimmten, müsse der wesentliche Unterschied deutlich hervorgehoben werden, nämlich daß das Christentum nicht anthropozentrisch orientiert, sondern auf Gott hin ausgerichtet sei. Der Christ müsse sich gerade deshalb dem Elend in der Welt widmen, damit auch die Armen dafür frei würden, „an Gott und an die großen Probleme des Menschen zu denken“. Wirksames Zeugnis sei deshalb einerseits von der Selbsthingabe zum Wohle der Menschen geprägt, andererseits aber davon, daß diese Hingabe nicht von einem materialistischen Ideal getragen wird, sondern von der Liebe zum Menschen um Gottes willen. Vielfach sind die Möglichkeiten und Begegnungstätten für den Dialog, die das vorletzte Kapitel nennt. Für manche Begegnungen sei die Zeit noch nicht reif, aber inzwischen müßten alle anderen Gelegenheiten wahrgenommen werden. Die verschiedenen Völker, Klassen und Berufsgruppen reagierten unterschiedlich auf die Annäherung der Christen. Deshalb müsse man vertraut sein mit den Grundlagen, die Gott in jedem Menschen und in jeder Kultur für das „Gefüge des Geistes“ gelegt habe. Von den Voraussetzungen der Partner müsse man ausgehen, nicht von den eigenen.

Christentum als Trauma

Es müsse auch in Rechnung gestellt werden, daß aus historischen Gründen das Christentum in den Vorstellungen anderer Völker vielfach als ein „Trauma“ wirke. Geschichtsfälschungen sowie Begegnungen mit schlechten Christen hätten oft ein falsches Bild von der christlichen Religion vermittelt. „Häufig ist es die erste Aufgabe, Wunden der Vergangenheit zu heilen.“ Von den Dialogpartnern müßte auf beiden Seiten Raum geschaffen werden, so daß man sich zunächst im gesellschaftlichen Leben näherkommen könne. Ein besonders geeigneter Ort für die Begegnung der Religionen sei die Familie, wenn sie auch wegen der engen Bindungen spezifische Probleme mit sich bringe. Ausdrücklich wird vor allzu großer Ängstlichkeit in Sachen „participatio“ in sacris gewarnt. Die Weigerung, den Zeremonien nichtchristlicher Familienangehöriger beizuwohnen, könne zu Bitterkeit und Spaltung in den Familien führen. Weitere Dialogmöglichkeiten böten sich an den Arbeitsstätten und im Verkehr mit den Mitbürgern. Die Entwicklungshilfe wird als ein besonders geeigneter Weg genannt. „Aber das letzte Ziel unseres Handelns muß klar vor Augen stehen. Materielles Fortschritt muß erreicht werden, aber als ein Mittel, um den Menschen in einen glücklicheren und sichereren Zustand zu versetzen, in dem er die nötige Ruhe besitzt, um an höhere Dinge denken zu können.“ Kulturelle Kontakte, auf der Ebene von Schule, Wissenschaft und Kommunikationsmitteln sowie in der Kunst seien weitere

Begegnungspunkte, aus denen sich Dialogmöglichkeiten ergeben könnten. Vor allem wird die Rolle des katholischen Lehrers hervorgehoben, und zwar auch an nicht-katholischen Schulen und an Staatsschulen, in denen eine nichtchristliche Religion Lehrfach sei.

Die Aufgabe des Sekretariats

In vielen Fällen wird es ratsam sein, heißt es in dem Dokument weiter, daß die Christen nicht von sich aus eine Diskussion beginnen. Man sollte aber auf jede Frage eines Nichtchristen eingehen, wobei man jedoch Aussagen vermeiden müsse, die über die persönlichen Kenntnisgrenzen hinausgingen. Für die offizielle Begegnung von Priestern mit Geistlichen anderer Religionen müsse die Erlaubnis der Ordinarate eingeholt werden. Die Gespräche sollten in aller Offenheit geführt werden, man dürfe aber nie „einen Punkt der Glaubenslehre um des Fortschrittes zur Einheit willen preisgeben“. Schließlich wird auch auf die semantischen Schwierigkeiten verwiesen, die sich bei der Konfrontation unterschiedlicher theologischer und philosophischer Systeme ergeben. Es wird begrüßt, daß Bemühungen um ein entsprechendes Wörterbuch im Gange sind. Wenn man auch bleibende Divergenzen akzeptieren müsse, so könne man doch eine erste Stufe der Annäherung erreichen, die in von Hochachtung und Höflichkeit gekennzeichneten Beziehungen zwischen den Vertretern der Religionen bestehe.

Zum Schluß wird die Arbeit des Sekretariats für die Nichtchristen erläutert, das vor allem auch die Organisation des Dialogs besorgen müsse. In diesem Punkte wird die Notwendigkeit von Spezialinstituten betont, die einzelnen Priestern eine über die Seminarerziehung hinausgehende Sonderausbildung ermöglichen sollen. Den Laien wird vor allem die Zugehörigkeit zu den Bewegungen der Katholischen Aktion empfohlen. Für die vielfältigen Erfahrungen und Schwierigkeiten, die sich aus der Begegnung mit anderen Religionen ergeben, will das Sekretariat als koordinierendes Zentrum fungieren. Es bittet um Mitteilung der Erfahrungen und bietet Hilfe in allen anstehenden Fragen an.

Die zwanzig Nummern der am Schluß des Dokuments stehenden Bibliographie nennen die Enzyklika *Ecclesiam suam* und die Konzilserklärung *Nostra aetate* sowie neun französische und neun deutsche religionswissenschaftliche Veröffentlichungen.

Bischöfe der „Dritten Welt“ zu Problemen der Entwicklungsländer

Knapp fünf Monate nach der Veröffentlichung von *Populorum progressio* haben siebzehn Bischöfe aus zehn Entwicklungsländern am 15. August 1967 ein gemeinsames Schreiben unterzeichnet, das der Thematik gewidmet ist, die auch die Entwicklungszyklika Pauls VI. (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 218) anspricht. Diese „Botschaft einiger Bischöfe der Dritten Welt“, die in der französischen Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“ vom 31. August 1967 veröffentlicht wurde hat auch außerhalb der katholischen Presse Beachtung gefunden.

Die Autoren

Während der Konzilssessionen hat sich der Autorenkreis zusammengefunden und ist dort durch Interventionen vor allem zum Schema XIII hervorgetreten. Neun der Unterzeichneten sind in der lateinamerikanischen Kirche tätig,

nämlich der Erzbischof Helder Pessoa Câmara von Olinda e Recife und sieben weitere brasilianische Bischöfe sowie der Apostolische Vikar in Florencia (Kolumbien), Angelo Cuniberti. In asiatischen Diözesen wirken der Libanese Gregor Haddad, Weihbischof der Melkiten in Beirut, der Bischof Charles Joseph Melckebeke von Ningsia in China (seit seiner Vertreibung Apostolischer Visitor für die Auslandschinesen), Etienne Loosdregt, Apostolischer Vikar von Vientiane in Laos und Jacques Grent, ein Bischof der indonesischen Kirche. Aus dem afrikanischen Bereich unterzeichneten Bischof Georges Mercier von Laghouat in Algerien und der Apostolische Vikar von Heliopolis in Ägypten, Armand Hubert, aus dem neuseeländischen der Bischof Michel Darmancier von der Diözese Wallis and Futuna. Der einzige europäische Bischof unter den Unterzeichnern ist Franjo Franić von Split in Jugoslawien.

Das Schreiben stützt sich inhaltlich auf die Konstitution *Gaudium et spes* und die Enzykliken *Pacem in terris* und *Populorum progressio*, es vermeidet jedoch die den römischen Dokumenten eigenen sprachlichen Wendungen. Aber nicht nur die an Deutlichkeit und Schärfe alle kirchlichen Verlautbarungen der jüngsten Zeit übertreffende Ausdrucksweise ist bemerkenswert, sondern auch die Tatsache, daß sich zum erstenmal Bischöfe aus verschiedenen Ländern und Kontinenten gemeinsam zu einem dringlichen Thema äußern.

Zwar kann das Dokument nicht als repräsentativ für die Kirche in den Entwicklungsländern betrachtet werden, geschweige denn als autoritative Aussage der Bischofskonferenzen. Schließlich entstammen auch nur die acht brasilianischen Bischöfe und der libanesischer Bischof dem heimischen Klerus, während die übrigen acht europäischer Herkunft sind. Wenn sich auch, veranlaßt durch die radikale Diktion, manche Katholiken einer beharrlicheren Richtung von den Aussagen der siebzehn Bischöfe distanzieren mögen, so gilt doch als sicher, daß diese „Botschaft“ dem Denken vieler Bischöfe in den Entwicklungsländern entspricht und großen Anklang finden wird.

Kirche und Revolution

„Die Völker der Dritten Welt bilden das Proletariat der Menschheit von heute“, heißt es einleitend. Sie würden ausgebeutet, ja in ihrer Existenz bedroht von jenen Mächten, die nur auf Grund ihrer Stärke das Recht beanspruchten, sich zu Richtern und Polizisten der materiell schwächeren Völker zu machen. Diesen Völkern der Entwicklungswelt, die nach Gerechtigkeit und Freiheit verlangten, möchten die Bischöfe „einige Worte der Ermutigung“ zusprechen, damit sie nicht befürchten müßten, die Kirche wersetze sich ihrem legitimen Kampf. Die Bischöfe betonen deshalb, nicht jede Revolution werde von der Kirche verdammt, vielmehr müsse sie jene Revolutionen begrüßen, die der Gerechtigkeit dienen, und sie wisse wohl, daß es oft die Reichen seien und nicht die Armen, die den Klassenkampf auslösten.

Die gegenwärtige Entwicklung der Welt habe Revolutionen hervorgebracht und bringe noch weitere hervor. Das sei nichts Überraschendes. „Alle etablierten Mächte von heute sind, vor kürzerer oder längerer Zeit, aus einer Revolution geboren worden, das heißt aus dem Zerbrechen eines Systems, das nicht mehr das Gemeinwohl gewährleistete, und aus der Einführung einer neuen Ordnung, die dafür geeigneter war.“ Aber nicht alle Revolutionen seien notwendigerweise gut, manche Palast-

revolutionen liefen nur auf einen Wechsel in den Unterdrückern des Volkes hinaus. Manche brächten mehr Schaden als Nutzen (vgl. *Populorum progressio*, Absatz 31). „Der Atheismus und Kollektivismus, mit denen sich gewisse soziale Bewegungen verbinden zu müssen glauben, stellen schwere Gefahren für die Menschheit dar.“ Die Geschichte aber zeige, daß gewisse Revolutionen nötig gewesen seien und daß sie sich einer „vorübergehenden Antireligiosität“ entledigt und „gute Früchte“ getragen hätten. Die Französische Revolution sei ein Beispiel dafür.

„Die Kirche weiß, daß das Evangelium die vorrangige und radikale Revolution fordert, die Konversion heißt.“ Und diese Konversion stehe in einer schwerwiegenden Beziehung zur Gesellschaft insgesamt. So habe seit zweitausend Jahren das Evangelium, „sichtbar oder unsichtbar, durch die Kirche oder außerhalb ihrer“, das „wirksamste Ferment für grundlegende Veränderungen in der Menschheit“ gebildet.

Die Kirche auf Erden sei zweifellos in der Praxis mit dem System verbunden, das zu einem gegebenen Zeitpunkt „das Gemeinwohl oder wenigstens eine gewisse soziale Ordnung sichert“. Verbunden zwar, so sei sie doch „keineswegs mit irgendeinem System verheiratet, und vor allem nicht mit dem internationalen Finanzimperialismus“. Schon die Lehre des Zweiten Vatikanums habe die Kirche von diesem Imperialismus des Geldes frei gemacht. Nach dem Konzil erhoben sich nun energische Stimmen, die verlangten, „Schluß zu machen mit diesem vorübergehenden Einverständnis zwischen Kirche und Geld . . . Wir selbst haben die Verpflichtung zu einer ernsthaften Überprüfung unserer Situation in dieser Sache und zur Befreiung unserer Kirchen von aller Versklavung an die internationale Großfinanz.“

„Mietlinge“ und „Gute Hirten“

Jene Christen, die glaubten, unter gewissen Umständen ihr Land verlassen zu müssen, um einer Revolution zu entgehen, werden von den Bischöfen beschuldigt, sich „in der Stunde der Prüfung“ ihrer Verantwortung gegenüber Land und Volk entzogen zu haben, „vor allem, wenn diese Christen reich sind und in Wirklichkeit nur fliehen, um ihren Reichtum und ihre Privilegien zu retten“. Den Bischöfen und Priestern komme eine noch größere Verpflichtung zu, auf ihrem Posten auszuharren, „denn wir sind die Stellvertreter des Guten Hirten“ und fliehen nicht „wie Mietlinge am Tage der Gefahr“. Vielmehr sollten „die Christen und ihre Hirten die Hand des Allmächtigen zu erkennen wissen in den Ereignissen, die periodisch die Machthaber von ihren Thronen absetzen und die Demütigen erheben“.

Seit einem Jahrhundert habe die Kirche den Kapitalismus toleriert und manche seiner Praktiken, die „wenig konform mit der Moral der Propheten und des Evangeliums“ seien. Die Kirche müsse sich deshalb freuen, daß ein neues soziales System in der Menschheit zum Vorschein komme, das dieser Moral näher stünde.

„Die Christen haben die Pflicht, zu zeigen, daß der wahre Sozialismus das ganzheitlich gelebte Christentum ist, in gerechter Aufteilung der Güter und grundsätzlicher Gleichheit aller“ (zitiert nach einer Konzilsintervention des Patriarchen Maximos). „Weit davon entfernt, ihn anzufinden, betrachten ihn die Bischöfe als „eine Form des sozialen Lebens, die unserer Zeit besser angepaßt ist und mehr mit dem Evangelium übereinstimmt“.

Im letzten Teil ihrer Botschaft ermutigen die Bischöfe die Völker der Entwicklungsländer, ihre Befreiung selbst in die Hand zu nehmen. Das „Volk der Armen und die Armen der Völker“ wüßten aus Erfahrungen, daß sie sich mehr auf ihre eigenen Kräfte verlassen müßten als auf die Hilfe von seiten der Reichen. Gewiß brächten manche Staaten und Einzelpersonen schätzenswerte Hilfe, aber es wäre „eine Illusion“, passiv auf die freiwillige Umstellung all jener zu warten, die auch nicht „zur Einsicht gebracht werden, wenn einer von den Toten aufersteht“ (Luk. 16, 31).

Kein Klassenkampf

Es sei nicht der Wille Gottes, daß sich die einen durch Ausbeutung der anderen bereicherten. Die Armen sollten sich unterrichten und zusammenschließen, um so die Reichen zu zwingen, Gerechtigkeit zu üben. Die staatliche Gewalt müsse die Güterverteilung durchführen, wenn sie nicht freiwillig erfolge. Das gleiche gelte unter den Nationen: da eine „wirkliche Weltregierung“ noch nicht existiere, die die „Gerechtigkeit unter den Völkern durchsetzen und die Güter gleichmäßig verteilen“ könne, müsse sie „gefordert und errichtet werden“.

Die Bischöfe treten nicht für den Klassenkampf ein, vielmehr fordern sie die Regierungen auf, sich um die Beendigung der Auseinandersetzungen zu bemühen. Die Reichen würden ihn immer noch schüren, indem sie durch unzureichende Löhne und unmenschliche Arbeitsbedingungen die Arbeiter ausbeuteten. „Es ist ein subversiver Kampf, den das Geld seit langem heimtückisch in der ganzen Welt führt und dadurch ganze Völker mordet. Es ist Zeit, daß die armen Völker, gestützt und geführt von ihren legitimen Regierungen, auf wirksame Weise ihr Lebensrecht verteidigen.“

Aus Süd- und Westeuropa

Der französische Episkopat zu Problemen der in Scheidung oder Trennung lebenden Frauen

Das Generalsekretariat des französischen Episkopats hat in einer Stellungnahme vom 16. September 1967 die Priester auf die materiellen, menschlichen und religiösen Probleme hingewiesen, von denen die in Trennung lebenden oder geschiedenen und nicht wieder verheirateten Frauen betroffen sind (der Wortlaut ist in „Documentation Catholique“ vom 1. 10. 67, Sp. 1711—1716, wiedergegeben). Das Schreiben wird mit einer Intervention zugunsten der Wiederverheiratung unschuldig Geschiedener mit Billigung der Kirche in Zusammenhang gebracht, die der melkitische Erzbischof Elias Zoghbi während der zweiten Aussprache zum Schema XIII im Herbst 1965 unternommen hatte. Manche glaubten in der Stellungnahme der französischen Bischöfe ein „Anzeichen einer Evolution“ in der katholischen Einstellung zu den Geschiedenen zu erkennen (vgl. „Témoignage Chrétien“, 28. 9. 67, S. 19).

Die Situation in Frankreich

Zehn Prozent der in Frankreich kirchlich geschlossenen Ehen werden geschieden, in 75 Prozent dieser Fälle wird eine Scheidung angestrengt, weil mindestens ein Ehepartner eine neue (Zivil)ehe eingehen will. Der Episkopat möchte jedoch gerade auf die Situation der Frauen hinweisen, die vor allem aus religiösen Gründen keine neue Verheiratung suchen. Er will die Priester „alarmieren“,

die vielfach „keine Vorstellung zu haben scheinen“, vor welchen Schwierigkeiten die betroffenen Frauen stünden. Einige von ihnen wurden bei der Abfassung der Stellungnahme konsultiert.

Zwar ergäben sich in den Einzelfällen Unterschiede (nach Alter, Gesundheitszustand, etwaigen Kindern, materieller Versorgung usw.), für die meisten Frauen stelle sich jedoch die Notwendigkeit, nach der Trennung eine Arbeit zur Sicherung des Unterhalts suchen zu müssen. Vor allem im Alter von über 40 Jahre müßten sich viele Frauen mit ungesicherten und nur mit einem Mindestlohn bezahlten Stellungen abfinden. Hinzu käme die Sorge um die Altersrente. Außerdem stelle sich häufig erneut die Wohnungsfrage. Die Rechtslage einerseits, die hohen Kosten notwendiger Rechtsberatung andererseits erschwerten zusätzlich die finanzielle Sicherung der Frau und etwaiger Kinder. „Es ist bedauerlich, daß . . . in den meisten Fällen nur eine Scheidung die Rechte der Frau und der Kinder sichert.“ Vielfach würde jedoch, um zu einer schnellen Bereinigung zu kommen, eine Scheidung mit beiderseitiger Schuld akzeptiert, wodurch automatisch auf die Unterhaltspflicht verzichtet werde.

Psychologische Belastungen

Zu den materiellen Schwierigkeiten kämen noch schwere psychologische Belastungen hinzu. Die Frauen, die nicht wieder heiraten wollten, litten unter einer „täglich wachsenden Vereinsamung“. In der Gesellschaft würden sie nicht hinreichend respektiert, vielmehr seien sie den verschiedensten Benachteiligungen ausgesetzt. In vielen Fällen führten diese Spannungen zu nervösen Depressionen, ja zu Selbstmord. Manche Frauen versuchten schließlich in einer neuen Ehe zu Gleichgewicht, finanzieller Versorgung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu gelangen. Andere erlebten die Enttäuschung als ein bleibendes Trauma für ihr gefühlsmäßiges Leben, andere würden durch das Bewußtsein, „den Mann nicht halten zu können“, zu Kompensationshandlungen in Abenteuern verleitet. Das Verständnis der Priester und die Freundschaft von Christen könnten diesen Frauen helfen, in das normale soziale Leben eingegliedert zu werden und das Bewußtsein des Ausgestoßenseins zu verlieren.

Die meisten Väter zeigten sich vom Augenblick der Trennung an selbst den Kindern gegenüber gleichgültig. Damit vergäßen sie auch meistens die materiellen Verpflichtungen, die mit den gerichtlich festgesetzten und zumeist nur schwer erzwingbaren Unterhaltssätzen nicht abgegolten seien. Schließlich verursache der Streit der Eltern und die fehlende väterliche Autorität meist schwere Störungen bei den Kindern. Die Mutter, der allzuoft die Versorgung aufgebürdet würde, könne sich nicht im erforderlichen Maße der Erziehung der Kinder widmen, um den Mangel auszugleichen. Deshalb regen die Bischöfe an, Einrichtungen auf Pfarrebene zu schaffen, die den Kindern während der Arbeitszeit der Mütter Obhut und den Müttern selbst Beratungshilfe gewähren.

Appell an die christlichen Gemeinden

Von den betroffenen Frauen werde den Christen oft der Vorwurf der Gleichgültigkeit, ja der Ablehnung gemacht. In katholischen Kreisen werde eine geschiedene oder in Trennung lebende Frau gerade noch toleriert, vielfach jedoch negativ beurteilt oder übergangen. Das sei auch durch den Artikel 310 des Code Civil mitbedingt, der in allen Fällen nach dreijähriger Trennung eine Scheidung

möglich mache, und zwar schon auf Verlangen nur eines Ehepartners. Selbst jene Frauen, die sich aus religiösen Gründen einer Wiederverheiratung versagten, würden als „Geschiedene“ negativ eingestuft.

Unter Bezugnahme auf das bekannte und auch während des Konzils beachtete Werk von Céline Rolin, *Femmes Séparées* (Flammarion, 1965), wird von den Katholiken gefordert, sich über ihre Einstellung zu den Problemen von Trennung und Scheidung klar zu werden. Auch diese Frauen verdienen Achtung und geistliche Betreuung. Ebenso wie den Witwen, komme auch diesem Personenkreis eine besondere „Spiritualität“ zu, auch sie bedürften eigener Bücher und Zeitschriften.

„Viele getrennt lebende Frauen können es nicht verstehen, warum es ihnen nicht möglich ist, sich wieder zu verheiraten; dieses Verbot der Kirche ist ihnen eine Beschränkung.“ Vielfach hätten sie den Sinn des Sakramentes nicht verstanden, oft habe die nötige Aufklärung gefehlt. Diese Verständnislosigkeit gegenüber der kirchlichen Haltung werde noch verstärkt durch die Äußerungen von Priestern, die einen Wandel in dieser Sache ankündigten. Diese Frauen fragten sich, warum sie die Opfer des „Widerspruchs und der Ungerechtigkeit“ sein sollten, wenn die Kirche doch eines Tages eine Wendung vollziehen müsse. Andere verlangten zumindest, nicht länger als „die Parias der Kirche“ gelten zu müssen. Zum Schluß verweisen die Bischöfe auf Vereinigungen, die sich unter den betroffenen Frauen gebildet hätten und betonten deren „besondere Mission“ in religiöser Hinsicht.

Aus dem Nahen Osten

Schließung der christlichen Schulen in Syrien?

Die christlichen Privatschulen in den arabischen Ländern des Orients haben während der Zeit ihres Bestehens zwei wichtige Aufgaben erfüllt: Sie haben einem, wenn auch bescheidenen Teil der Bevölkerung, eine an den allgemeinen Verhältnissen gemessene überdurchschnittliche Schulbildung nach europäischem Vorbild vermittelt, und sie haben es der christlichen Bevölkerung ermöglicht, ihre Kinder in christlichen Schulen erziehen zu lassen. In den Staaten, in denen die christliche Bevölkerung nur eine kleine Minderheit darstellt, war das Bestehen solcher Schulen besonders wichtig, weil die öffentlichen Schulen, soweit es sie überhaupt gab, letztlich muslimische Schulen waren und nur eine muslimische Bildung vermittelten. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Situation der christlichen Privatschulen in den meisten der arabischen Staaten zusehends verschlechtert. Besonders in den arabisch-sozialistischen Staaten, in denen die Indoktrinierung der Jugend von entscheidender Bedeutung ist, wurde die Existenz unabhängiger christlicher Privatschulen nur ungern gesehen, selbst dann, wenn deren Lehrplan den Vorschriften des Erziehungs- oder Propagandaministeriums entsprach.

Nach der vollständigen Unterdrückung der christlichen Missionsschulen im Sudan (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 378 f.), der Einschränkung und Reglementierung der christlichen Schulen in Ägypten (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 279) hat nun auch das sozialistische Baath-Regime in Syrien Schritte unternommen, die zur vollständigen Schließung der christlichen Privatschulen führen könnten. Nachdem die Existenz dieser Schulen durch Anpassung an die staatlichen Lehrpläne

wenigstens für eine gewisse Zeit gesichert schien, verfügte die syrische Regierung, wie es scheint, sehr überraschend, am 9. September, daß die administrative Leitung dieser Schulen fortan dem Erziehungsministerium untersteht. Die Verträge zwischen den Schulen und dem Lehrpersonal wurden annulliert und müssen durch Verträge mit dem Erziehungsministerium ersetzt werden. Das Erziehungsministerium begründete diesen Schritt mit der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Lehrbücher und des Lehrplanes. In einem wirklich sozialistischen und säkularen Staat sei die Einheit des Unterrichts eine der wichtigsten Aufgaben und Ziele. Das Vorgehen der syrischen Behörden kann nur noch als böswillig klassifiziert werden, denn es entzieht den privaten Schulträgern allen Einfluß auf den Unterricht und die Verwaltung, überläßt ihnen aber die finanziellen Bürden und die Verantwortung für den Unterhalt der Schulen. Die jüngsten Verordnungen betreffen fast zweihundert christliche Privatschulen, von denen 93 katholische Schulen sind. In ihnen wurden ca. 75 % der 100 000 christlichen Privatschüler unterrichtet, davon ca. 40 000 Katholiken.

Die Träger und Eigentümer der Schulen wandten sich mit einem Protestschreiben an den Staatspräsidenten und an die Führer der Baath-Partei. In diesem Schreiben wurde darauf hingewiesen, daß die christlichen Schulen schon unter dem osmanischen Regime und bis jetzt die nationalen Interessen der Araber wahrgenommen hätten. Die jüngste Verfügung müsse zu einer endgültigen Schließung der Privatschulen führen. Das Schreiben war von christlichen Bischöfen und Pastoren unterzeichnet, darunter von dem melkitischen Patriarchen von Antiochien, Kardinal Maximos IV. Saigh, dem maronitischen Erzbischof von Aleppo, Joseph Salameh, und führenden Pastoren der syrisch-evangelischen und der armenisch-evangelischen Kirche (NC News Service, 19. 9. 67). Die Motive, die das Baath-Regime zu diesem Schritt bewegten, sind nicht einzusehen. Die ägyptische Regierung verfolgte mit ihren Maßnahmen ganz eindeutig eine Politik, deren Ziel die Islamisierung der christlichen Landesbevölkerung ist. Derartige Tendenzen waren bisher in Syrien kaum zu beobachten. Maßnahmen, welche notwendig die Verbitterung der christlichen Minderheit zur Folge haben müssen, können auch kaum im Interesse des ohnehin schwachen Regimes sein. Die christlichen Privatschulen wurden trotz ihrer loyalen Haltung als störend empfunden, und die jüngsten Maßnahmen sind wohl nur ein Versuch, diese Schulen in das staatliche Schulnetz einzugliedern, ohne diesem die finanziellen Nachteile einer Nationalisierung aufzubürden.

Aus Afrika

Die Stellung der Frau in der afrikanischen Gesellschaft

Vor einigen Monaten veröffentlichte die Zeitschrift „*Afrique documents*“ (Heft 1, 1967) unter dem Titel „*La femme dans la société africaine*“ die Ergebnisse einer umfangreichen Enquête, die von Sœur Jean-Bernard (O. Pégard) von den Weißen Schwestern durchgeführt wurde. Die Umfrage erfolgte 1962 in den Ländern Westafrikas und sollte die Mentalität in bezug auf die Frau, die Organisation ihres Lebens, besonders im spezifisch weiblichen Bereich, und ihr Verhältnis zum Mann erforschen.

Für die Befragung der 1120 Personen wurde der Sentence Completion Test verwandt. Es wurden den Befragten

50 unvollständige Sätze vorgelegt, deren Ergänzungen Aufschlüsse über das Untersuchungsthema erwarten ließen. Zusätzliche Angaben betrafen das Alter, das Geschlecht und die regionale Herkunft. Die 720 weiblichen und 400 männlichen Testpersonen waren 7 bis 59 Jahre alt. Da die weitaus stärkste Altersgruppe aus Vierzehnbis Achtzehnjährigen bestand, konnte vermieden werden, daß sich Vorstellungen der älteren Generation einseitig in den Vordergrund drängten. „Wenn man sagt, daß die Frau dem Mann unterlegen (inférieure) sei . . .“, lautete beispielsweise die Nummer 34 der SCT-Umfrage. Die ergänzenden Aussagen dazu ergaben Zustimmung zur Inferiorität der Frau in 69,26% der Antworten (76,32% bei den Jungen, 62,20% bei den Mädchen) während nur 30,53% (23,05% der Jungen, 38,02% der Mädchen) diese Unterbewertung der Frau ablehnten. Die Ergänzungen bezeichneten die vorgelegte Einstellung als „richtig“, als „Tatsache“, als „natürlich“, andere, ablehnende Stimmen waren ausführlicher und brachten bisweilen auch den Ärger über diese häufige Haltung zum Ausdruck. Die Ergänzung eines Mädchens lautete, Inferiorität der Frau bedeute nicht, daß sie eine „Sklavin“ sei. Ob die 153 Mädchen (aus 405) und die 76 Jungen (aus 321), die Mann und Frau auf die gleiche Stufe stellen, mit ihren Äußerungen die Verhältnisse ihrer Umwelt konstatieren oder nur einen Wunsch zum Ausdruck bringen, läßt sich nicht in jedem Falle feststellen. Die Ergänzungen der Mehrheit, auch bei den Mädchen, verweisen jedoch eindeutig auf die untergeordnete Rangstellung, die der Frau im afrikanischen Bewußtsein zukommt.

Inferiorität der Frau

Weitere Aufschlüsse zu diesem Thema ergeben sich aus der Nummer 39 der Umfrage. Die Ergänzungen auf die Frage, wann sich die Frau dem Mann unterlegen fühle, lassen sich in zwei Gruppen aufschlüsseln. Einerseits wird die Unterlegenheit der Frau in ihrer Natur begründet (in 53,16% der Antworten), andererseits wird das Verhalten des Mannes der Frau gegenüber dafür verantwortlich gemacht (46,21%). Aus den physischen Gegebenheiten begründen 45,25% der Jungen und 28,08% der Mädchen die Ungleichheit zwischen Mann und Frau. 20 Jungen und 14 Mädchen beziehen die Unterlegenheit auf den Geschlechtsverkehr. 9,50% der Jungen und sogar 12,10% der Mädchen geben der „Minderwertigkeit der Frau“ eine moralische Wertung, indem sie „Willenlosigkeit“ und „Charakterschwäche“ als Ursachen anführen. Für 1,5% der Jungen manifestiert sich darin der Wille Gottes.

Symptomatisch ist ferner, daß in den Ergänzungen zu mehreren Fragen, die über das Wesen und die Aufgaben der Frau Aufschlüsse erteilen sollen, häufig der Bezug zum Mann auftaucht (so die Nummern 28, 36 und 48). Für die Beschreibung der Frau führen 48,26% deren spezifische Eigenschaften, 20,53% deren Fehler an, dagegen bringen 21,55% der Ergänzungen die Frau mit dem Mann in Beziehung. Das Verhältnis der Frau zu den Kindern findet nur bei 8,43% der Befragten überhaupt Erwähnung.

Nur die Verheiratete gilt 44,90% der Testpersonen als eine „wirkliche Frau“. Ihre moralischen Qualitäten werden von 29,75% als vorrangig bewertet. Erst an dritter Stelle (mit 13,08%) ist es die Frau in der Rolle der Mutter, die sie zur „wirklichen Frau“ macht.

Ebenso sind die „Pflichten der Frau“ primär auf den Mann ausgerichtet, wenn auch die Jungen (52,50%) und Mädchen (nur 26,90%) darin unterschiedliche Schwerpunkte setzen. An zweiter Stelle soll die Frau „moralische Qualitäten“ besitzen (14,70% der Jungen; 20,50% der Mädchen). Es folgen die Verpflichtung zur Arbeit (von den Mädchen mit 15,10% erwähnt, von den Jungen mit 10%) und das Verhältnis zu den Kindern (Jungen 11%; Mädchen 6,5%).

Bei der Wesensbeschreibung des Mannes (Nr. 15) dagegen konzentrieren sich 67,05% der Antworten auf diesen selbst und seine Eigenschaften (Jungen 73,10%; Mädchen 61%), während nur 26,90% der Jungen, aber 38% der Mädchen in ihren Ergänzungen eine Beziehung zur Frau herstellen. Sehr bezeichnend ist auch, daß 83% der Jungen und 93,20% der Mädchen zum Ausdruck bringen, daß „die Männer die Frauen nicht kennen“ (Nr. 49). Häufig kehrt auch die Wendung wieder, die Männer wüßten nichts von den Leiden der Frauen, selbst von denen, die sie ihnen selbst zufügen. Mehrere Mädchen gaben zur Antwort: „Die Männer wissen nicht, daß die Frauen die Polygamie ablehnen.“ Auf die Frage, was die Männer von ihren Frauen wünschen (Nr. 7), beziehen sich fast 50% der Antworten auf das Verhalten der Frau dem Mann gegenüber, nämlich „gute Haushaltung“, „Gehorsam“, „Treue“. In weiteren Antworten drücken vorwiegend die Jungen den Wunsch nach vielen Kindern aus, die Mädchen halten sich hauptsächlich für verpflichtet, als „Schönheiten“ zu erscheinen. Nur sehr vereinzelt taucht der Gedanke auf, daß die Frau ihren Mann lieben müsse. Häufiger ist die Vorstellung (besonders bei den Mädchen), die Frau solle gebildet sein.

Eltern und Kinder

Die Ergänzungen zum Thema der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern lassen zwei Grundlinien deutlich erkennen: Es besteht ein sehr enges Verhältnis der Mutter zu den Kindern, insbesondere zu den Jungen, andererseits großer Respekt, ja Furcht der Mädchen vor ihren Vätern. Allgemein ist nur die Mutter der Vertraute ihrer Kinder, der Vater erscheint vielfach unbeteiligt an den Sorgen und Fragen seiner Kinder. Unterschiedliche Bewertung erfahren die sozialen Funktionen der Eltern bei ihren Kindern. Die berufliche Tätigkeit des Vaters wird in 25,50% der Ergänzungen aufgeführt, während die Beschäftigung der Mutter nur bei 8,57% erwähnt wird. Dagegen stehen die „moralischen Qualitäten“ der Mutter mit 60,17% im Vordergrund (für den Vater nur mit 14,50%). „Die Frau, die keine Kinder hat . . .“ (Nr. 20), erscheint 42% der Jungen und 54% der Mädchen als „unglücklich“. 15,50% (mehrheitlich Jungen) halten die kinderlose Frau für „schlecht“ oder „neidisch“. 14%, überwiegend Mädchen, suchen die Ursache dafür bei anderen. Die Adoption wird von 6% erwogen, nur 2% empfehlen die Zauberei als Heilmittel gegen die Unfruchtbarkeit.

Dagegen „leidet“ jene Frau, die viele Kinder hat (Nr. 6), wie das von 39,75% der Jungen und 41,80% der Mädchen zum Ausdruck gebracht wird. Nur 26,70% bezeichnen sie als „glücklich“. Einige Stimmen sehen in der großen Kinderzahl einen Beweis für die Gattenliebe. Hohe Fruchtbarkeit nimmt also keine besondere Vorrangstellung ein. In den wenigen Stimmen, die die Fruchtbarkeit in Zusammenhang mit dem Familienleben bringen, wird der Haß der unfruchtbaren Neben-

frauen erwähnt und auch die Gefahr, die sich daraus ergebe, daß sich die Frau weniger um ihren Mann kümmern könne.

Fehlformen im Verhältnis von Mann und Frau

Die von dieser Umfrage verdeutlichte Problematik wird auch in einem gemeinsamen Hirtenbrief sichtbar, den die Bischöfe von Congo-Brazzaville, Gabun, der Zentralafrikanischen Republik, des Tschad und Kameruns nach ihrer Vierten Vollversammlung vom 29. Mai bis zum 2. Juni 1967 in Yaoundé (Kamerun) veröffentlicht haben (Text in „L' Effort camerounais“, 11. 6. 67). Die deutliche Sprache dieses Schreibens, dem das Ergebnis einer bereits vor Jahren in Zentralafrika im Auftrag der Bischöfe durchgeführte Untersuchung zugrunde liegt, läßt die Schwierigkeiten erkennen, denen die Kirche dort begegnet, wenn sie ihre Vorstellungen von der Ehe, der Familie und der Bedeutung der Frau vermitteln will.

Das Schreiben der Bischöfe will eine Hilfe sein für die Predigt, die Katechese und die allgemeine Familienunterweisung. Die Argumentation basiert auf den biblischen Begründungen der Unauflöslichkeit der Ehe. Die in Afrika überhandnehmende „Sitte der Ehescheidung“ nennen die Bischöfe ein „Zeichen unserer Schwäche“, so wie die mosaischen Zugeständnisse ein Zeichen der „Herzenshärte“ der Israeliten gewesen seien. Ein ganzer Katalog von Fehlformen und Mißbräuchen im Verhältnis von Mann und Frau und im Familienleben wird aufgeführt: „die ungenügende Anerkennung der sozialen Funktionen der Frau außerhalb des eigentlich häuslichen Bereichs; die Wandlung im Gewohnheitsrecht zur Regelung der Brautgabe, die häufig zu einem nicht mehr gerechtfertigten Geschäft geworden ist . . . ; soziales Elend aufgrund von Ehescheidung und Polygamie; die in den Städten sich ausbreitende Plage der Prostitution und der Jugendkriminalität; vielfältige Depravationen zum Nachteil der Freiheit, die vordem durch die Sitte begrenzt, heute Orientierungslosigkeit herbeiführt“.

Demgegenüber betonen die Bischöfe die Achtung vor dem Leben, das Ansehen und die Stabilität der Ehe, die Solidarität und das Gleichgewicht in den Familienbeziehungen. Letzteres solle sich auch im rechten Gebrauch der Brautgabe zeigen, wie es früher der Fall gewesen sei, bevor diese durch sachfremde Einflüsse korrumpiert wurde. Mann und Frau müßten sich harmonisch ergänzen in ihren unterschiedlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Die Fruchtbarkeit und die Liebe zu den Kindern sollten hochgeschätzt werden. Den „Strukturen der Familie und des Lebens“ werde „ein echt religiöser Respekt“ geschuldet, der auch die Verehrung der Ahnen einschließt. Fruchtbarkeit, Liebe und Treue heben die Bischöfe in gleicher Weise als wesentliche Bestandteile der Ehe hervor.

Aufwertung der Frau durch die Kirche

Mit welcher Mentalität die Kirche in Afrika noch zu rechnen hat, geht aus den handfesten Äußerungen der Bischöfe hervor, mit denen sie sich der Geringschätzung der Frau widersetzen. Aus dem Schöpfungsbericht gehe deutlich hervor, heißt es, daß die Frau von Anfang an „als ein wirklicher Mensch geplant“ gewesen sei und daß sie „ihren Platz nicht im Tierreich gefunden“ habe. Der Mann dürfe sie deshalb auch nicht dahin „erniedrigen“. „Eva ist so wie Adam das Werk Gottes. Sie ist vorrangig ein Geschenk der Schöpferliebe und wird es immer bleiben . . . Eva ist ebenso wie Adam ein Mensch, und sie ist ihm somit ein gleichwertiger Partner.“

In Hinblick auf die tatsächlichen afrikanischen Verhältnisse übersehen die Bischöfe aber auch nicht die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung christlicher Forderungen entgegenstehen. „Der Weg, den wir gehen müssen, kann uns als endlos und schwierig erscheinen, besonders wenn wir an die Ehescheidung und an die Polygamie denken.“

Aus der anstehenden Diskussion, deren zentrale Themen in diesem Hirtenbrief angeführt werden, geht hervor, daß die Emanzipation der Frau und im größeren Zusammenhang die Neuordnung des afrikanischen Familienverbandes nicht gefördert werden können, wenn einseitig die europäischen Vorstellungen von der Eheinstitution und den Rechten der Frau als Vergleichsmaßstab und als Zielsetzung dienen. Gerade auch auf dem Rechtssektor haben die Erfahrungen in den ehemaligen Kolonien gezeigt, daß sich die unreflektierte Übernahme europäischer Regelungen zum Schaden der Familie und besonders der Frau auswirken kann. Auch mit dem Rückgriff auf die früher geheiligten und auch praktikablen Stammestraktionen ist es nicht getan. Vielmehr muß, in historischer Kontinuität, die Wandlung der afrikanischen Traditionen selbst erfolgen, und zwar im Sinne einer Adaptation des überlieferten Bestandes an die veränderten Lebensverhältnisse. Diese werden nicht zuletzt von den gewandelten wirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmt, die wiederum mit den europäischen Einflüssen infolge des Kolonialismus und der christlichen Mission in Zusammenhang stehen.

Neufassungen des Eherechts

Heinrich Krauss SJ hat diese Problematik mit Bezugnahme auf die beabsichtigte Neuregelung des Eherechts in Kamerun (vgl. „Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung“, Band III, 1964) und die Kodifikationen in den Republiken Mali und Elfenbeinküste (vgl. Civitas, Band V, 1966) dargestellt. Zwar ist das Erscheinungsbild in den einzelnen Ländern je nach dem religiösen Mischungsverhältnis von Stammesreligionen, Islam und Christentum unterschiedlich, gewisse Konstanten kehren jedoch in vergleichbarer Form wieder. So ist es kaum möglich, daß irgendwo ein neues Familienmitglied, zumeist die Frau, vollständig in die Sippe des Ehepartners integriert wird. Die Großfamilie als das vorrangige Prinzip gegenüber der Ehe trägt zur Schwächung der Festigkeit des Bandes bei. Die Blutsverwandtschaft ist stärker, die Zugehörigkeit zur menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Einheit der Sippe ist beständiger als die Verbindung der Ehepartner. An diesem Verständnis orientiert sich auch die (ursprüngliche) Sitte der Brautgabe, die zumindest teilweise eine Kompensation für den Verlust eines Familienmitglieds, nicht zuletzt einer Arbeitskraft, darstellt. Für den Eheschluß ist demnach die Zustimmung der Familienhäupter maßgebend. „Ein wichtiger Charakterzug der afrikanischen Ehe ist der, daß sie auf der Allianz zweier Großfamilien beruht und der Wille der Hauptbeteiligten, besonders der Mädchen, rechtlich kaum in Erscheinung tritt“ (Krauss, Civitas, III, S. 48). Die Brautgabe gilt vielerorts noch als das Symbol für die Rechtsgültigkeit des Eheschlusses.

Rechtsdualismus

Krauss weist darauf hin, daß trotz der europäischen Einflüsse die Wirksamkeit mancher Traditionen vielfach ungebrochen ist. Allerdings erscheinen diese häufig in einer

depravierten Form. Diese Tatsache wird auch durch das Hirtenschreiben der zentralafrikanischen Bischöfe hervorgehoben. Aus dem Nebeneinander der traditionellen Eheauffassung der Afrikaner und den bürgerlich-rechtlichen Bestrebungen nach europäischen Vorbildern ergibt sich ein Rechtsdualismus, der häufig zu neuen Konflikten führt.

Der in der Verlängerung der Ahnenreihe die Ehe religiös begründende Fruchtbarkeitskult hat heute weitgehend seinen sakralen Charakter verloren. „Auch das Christentum scheint hauptsächlich Moralvorstellungen an seine Stelle gesetzt haben. Der paulinische Gedanke von der Ehe als der Verbindung zweier Menschen in Nachahmung der Liebe Gottes zum Menschen hat keinen Fuß gefaßt“ (Krauss, a. a. O., S. 51). Die Folgen dieser „Entsakralisierung“ konnten nicht durch eine neue Sinngebung aufgefangen werden, was mit dazu geführt hat, daß die Ehescheidung in Afrika „ungleich häufiger ist als irgendwo in Welt“ (ebd.). Für die Ehesituation in Afrika ist auch die weitverbreitete Praxis des Konkubinats ein deutliches Zeichen.

Wenn auch der zunehmende Zerfall der Großfamilie und damit der in ihr gepflegten Eheauffassung den Raum für eine neue Hochschätzung der Einzelfamilie freigeben kann, so ist es noch nicht gelungen, letzterer die erforderliche Kraft zu vermitteln, damit sie die Aufgaben der Großfamilie erfolgreich übernehmen kann. Die Chance, die Familiengemeinschaft auf der Verbindung zweier Menschen neu begründen zu können, wird dadurch beeinträchtigt, daß die traditionelle Ehe ihren Sinn nicht in der Lebensgemeinschaft der Gatten sieht. Wenn selbst in großen Missionsstationen nur eine kleine Zahl kirchlicher Eheeinsegnungen vollzogen werden, ist das ein Beweis dafür, daß für die zerfallenen traditionellen Vorstellungen noch kein Ersatz gefunden worden ist.

Die von Krauss dargelegten Bemühungen um die Neukodifizierung des afrikanischen Eherechts stellen gewiß in einigen Punkten einen Fortschritt dar; so besonders durch die vorgesehene Regelung der Brautgabe, hinsichtlich der Zustimmung der Brautleute, vor allem der Mädchen, und schließlich der Rechtsstellung der Ehefrau. Andererseits ist mit Kodifizierungen noch kein Mentalitätswechsel erreicht, und die Erzwingbarkeit eines afrikanischen Gesetzes ist trotz all der vorgesehenen Strafmaßnahmen aus vielfältigen Gründen noch illusorisch. Immerhin lassen diese wenigen Hinweise erkennen, daß die Frau in Afrika und das dortige Familienleben nicht mehr einheitlich bewertet werden und daß die sichtbare Differenzierung einen Wandel der noch gültigen Verhaltensformen und Gesellschaftsstrukturen anzeigt.

Aus Nordamerika

**Amerikanische
Jesuitenzeitschrift
befürwortet
Empfängnis-
verhütung**

Die in New York erscheinende, von den US-amerikanischen und kanadischen Jesuiten herausgegebene Wochenschrift „America“ mit einer Auflage von 89 300 Exemplaren hat die Bischofssynode zum Anlaß genommen, um in einem Leitartikel für die Änderung der offiziellen kirchlichen Haltung gegenüber Fragen der Empfängnisverhütung einzutreten (vgl. Ausgabe vom 30. 9. 67, S. 339). Wie sehr den Herausgebern an breiter Publikation des Artikels gelegen war, geht daraus hervor, daß der Beitrag entgegen sonstigen

Gepflogenheiten bereits vor der Publikation der Tagespresse zur Verfügung gestellt wurde. Die Verfasser teilten der Presse mit, sie wollten mit ihrem Beitrag „die verantwortungsvolle Diskussion eines dornigen Pastoralproblems fördern, das zweifellos jeden Bischof auf dem Weg zur Synode beschäftigt“ (vgl. „International Herald Tribune“, 25. 9. 67).

Unter der Überschrift „Empfängnisverhütung und die Bischofssynode“ identifizieren sich die Autoren von „America“ mit einer nach ihrer Meinung unter katholischen Medizinern verbreiteten Einstellung. Ein namentlich nicht genannter „bedeutender katholischer Arzt“ wird zitiert: „Nach meiner Meinung ist die Empfängnisverhütung für ein gesundes katholisches Familienleben unentbehrlich. Ja, unentbehrlich. Den meisten Ehepaaren ist es nicht möglich, die Werte zu verwirklichen, die die Kirche als Bestandteil des Ehestandes proklamiert, wenn sie sich nicht in gewissen Situationen auf die Empfängnisverhütung verlassen können. Die Kirche wird ihre Lehre entweder in bezug auf die Empfängnisverhütung, oder in bezug auf die Ehe ändern müssen. Beide (Einstellungen) aufrechtzuerhalten ist der Kirche nicht länger möglich.“

Diese Beurteilung bezeichnet „America“ für eine wachsende Zahl katholischer Ärzte als „typisch“. Wenn sich auch noch viele an die päpstliche Lehre hielten, „daß künstliche Geburtenkontrolle verwerflich ist (oder wenigstens so lange, bis sich der Papst entschlossen hat, daß dem nicht so ist)“, so sei doch beachtenswert, „daß es auch einige katholische Ärzte gibt — und bald werden es viele sein —, die in der Praxis der Empfängnisverhütung in gewissen Situationen sowohl positive als auch negative menschliche Werte erkennen“.

Eine Forderung der christlichen Ehe

Die Ärzte stellten in diesem Zusammenhang „absolute ‚naturrechtliche‘ Verbote“ mehr und mehr in Frage, so heißt es in dem Beitrag, da die Geburtenregelung „für keinen anderen schädlich“ sei und vielmehr „der körperlichen und psychischen Gesundheit des Patienten wirklich nützen“ könne. „Empfängnisverhütung, im Gegensatz zur Schwangerschaftsunterbrechung, tötet niemanden, vielmehr vermag sie den Ehepaaren, die ernsthafte medizinische Gründe für eine zeitweilige oder dauernde Verhinderung einer Schwangerschaft haben, echte Erleichterung zu verschaffen.“ Es sei geradezu eine „Wohltat“ der Medizin für die katholischen Eheleute, wenn es diesen ermöglicht werde, sich im Bereich von Geschlechtlichkeit und Fortpflanzung „verantwortlich“ zu verhalten. „Wie können sich die Eheleute gegenseitig und ihren Kindern schenken... wenn eine weitere Schwangerschaft für die Familie eine beständige — und berechtigte — Sorge darstellt?“ Jedermann wüßte, welche Bedeutung dem Kummer und der Angst gerade im Intimbereich der Ehe zukäme.

Mit ihren Ansichten möchten diese Ärzte nicht die Lehrautorität der Kirche herausfordern, schreibt „America“ weiter. „Sie akzeptieren durchaus die Verpflichtung der Ehepaare, zum Fortbestand des Menschengeschlechtes beizutragen.“ Das Anliegen der Ärzte richte sich vielmehr auf eine Hilfe dafür, daß „gesunde, in der Größe zu verantwortende und wirklich christliche Familien“ ermöglicht würden. Keiner dieser Ärzte leugne „das Recht der Bischöfe und des Papstes, sich autoritativ über die religiösen Dimensionen der Medizin und des Fami-

lienlebens zu äußern“. Sie möchten dagegen als Ärzte und Christen „die Daten zur theologischen Diskussion beitragen, über die sich zu äußern sie besonders qualifiziert sind: die physische und psychische Bedeutung, die der Empfängnisverhütung zur Schaffung und Erhaltung der Werte der christlichen Familie, und nicht für egoistisches Vergnügen, zukommt“. Die Ärzte hofften, damit „der Hierarchie zu helfen, daß sie die Vereinbarkeit — und selbst die Notwendigkeit — der Anwendung der Empfängnisverhütung im Leben der wirklich katholischen Familien erkennt“.

Hoffnungen

Neuere Entwicklungen in der Medizin stützten die Hoffnung, daß bei entsprechender Unterstützung Methoden zur Empfängnisregelung erarbeitet werden könnten, die „einem gesunden interpersonalen ehelichen Verhältnis besser entsprechen als einige der üblichen empfängnisverhütenden Methoden“. Solche Forschungen sollten vor allem von den katholischen Universitäten und Stiftungen, ja von der Hierarchie selbst, gefördert werden.

Der Artikel schließt mit der Bemerkung: „In Anbetracht der Entwicklungen innerhalb der katholischen Lehre ist es offenbar zu früh, um entscheiden zu können, ob sich die Ärzte mit diesen Ansichten in der übrigen Kirche durchsetzen werden. Nach unserem Urteil sollten sie sich aber durchsetzen.“ Auf jeden Fall müsse die Zustimmung, die diese Vorstellungen „in den besten katholischen Ärztekreisen“ gewannen, als „symptomatisch für die nicht mehr zu unterdrückende Gärung unter den Katholiken im allgemeinen“ betrachtet werden.

Ökumenische Nachrichten

Europäische Kirchenkonferenz „Nyborg V“ Als vor etwa neun Jahren auf dem Höhepunkt des kalten Krieges eine „Konferenz europäischer Kirchen“ (KEK) am Rande des Weltrates der Kirchen geplant und vorbereitet wurde und ihr Ausschuß vom 6. bis 9. Januar 1959 in dem dänischen Seebad Nyborg erstmals zusammentrat (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 188), war das eine politische wie kirchliche Pioniertat. Sie half, Kontakte mit den Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang zu knüpfen, und ermöglichte zwei Jahre später den Beitritt der meisten orthodoxen Kirchen zum Welttrat der Kirchen. So schuf sie wenigstens andeutungsweise eine Atmosphäre allgemeiner Entspannung. Aber inzwischen sind die damals gesuchten kirchlichen Kontakte innerhalb des Weltrates voll verwirklicht und wirksam, und die politische Entspannung im europäischen Rahmen wird auf verschiedenen Wegen von den Staaten mehr oder weniger erfolgreich betrieben. Die stellvertretende Funktion der Kirchen ist damit etwas außer Kurs geraten, zumal da ihnen die Entspannung auf dem noch verbleibenden Gebiet nicht gelingt, wie soeben die „Konferenz europäischer Kirchen“ in Pörttschach, Kärnten, die als „Nyborg V“ geführt wird, bewiesen hat. Konnten 1964 bei „Nyborg IV“ die Delegierten aus der „DDR“ wenigstens auf einem Bäderdampfer außerhalb von „NATO-Dänemark“ an der Konferenz teilnehmen, so fehlten diesmal unter den 150 Vertretern aus 80 Mitgliedskirchen immerhin Männer wie Bischof Friedrich W. Krummacher, Greifswald, Bischof Gerhard Noth, Dresden und Bischof Hans-Joachim Fränkel, Görlitz. Sie

waren durch keine Diskussionen über Nahost, Vietnam und andere Hauptfragen der großen Politik im Sinne der östlichen Delegierten zu ersetzen. Das vatikanische Sekretariat für die Einheit der Christen hatte Untersekretär Jean-Francois Arrighi, Rom, und Werner Becker, Leipzig, entsandt.

Die Existenzfrage neu gestellt

Grundsätzlich gehört es in die Planung des Weltrates der Kirchen, daß sich auf regionaler Ebene selbständige kirchliche Zusammenschlüsse bilden, warum nicht auch in „Europa“. Aber nachdem die politischen Probleme hier in zuständigen Händen liegen, bleibt nur ein „ökumenisches Engagement“, über das in Pörttschach diskutiert wurde. Dieses Engagement leidet freilich unter den un-guten Erfahrungen, daß die „kontinentalen“ Theologen, wenn sie unter sich bleiben, zuwenig über kontroverstheologische Fragen hinauskommen, ja selbst in der anderen in Pörttschach diskutierten Frage über das Verhältnis von Staat und Kirche, worüber die konservativen und die aus kommunistischen Ländern kommenden Meinungen meilenweit auseinanderklaffen.

Der Generalsekretär der Konferenz, Glen Garfield Williams, stellte daher die Delegierten vor die Existenzfrage der KEK, die übrigens nicht mehr von Genf finanziert werden wird. Das veraltete Konzept eines „Kontaktbedarfes“ sei überholt, wichtig sei „die Entwicklung einer regionalen ökumenischen Diskussion“ (ÖPD, 5. 10. 67). Fände man dazu nicht den Weg, so würde ein Vakuum entstehen.

Prüft man die wesentlichen Beiträge zu dieser Diskussion und läßt man die reichlichen deklamatorischen Abschweifungen zu weltpolitischen Tagesfragen beiseite, so bleibt nicht allzuviel, was über den Rahmen der allgemeinen Foren des Weltrates hinausgeht. Zum vorgesehenen Gesamthema „Dienen und Versöhnen“ hatte der ehemalige Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Visser 't Hooft, eine Tonbandpredigt geschickt, da er selbst am Erscheinen verhindert war. Er forderte darin die Kirchen auf, ihre veralteten Strukturen abzulegen, die noch aus einer Zeit stammen, da die Kirchen Macht hatten oder an Macht teilnahmen. Von einem „selbstzentrierten defensiven Klerikalismus“ müsse man endlich umkehren zum allumfassenden Dienst einer Versöhnung, wozu auch ein entschiedenes Eintreten für mehr Entwicklungshilfe bei den Regierungen gehöre.

In diesem Sinne sprach auch das im Namen von Prof. Roscam Abbing veröffentlichte Studiendokument über „das Verhältnis des Menschen zum Staat im heutigen Europa“. Es nimmt das Ende der konstantinischen Ära als gegeben und sieht eine vollständige Säkularisierung der modernen Gesellschaft voraus. Die Christen müßten endlich aufhören, theokratische Staatsideale zu fördern und sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen, ohne sich als „politische Besserwisser“ aufzuspielen und „präfabrizierte politische Systeme zu entwerfen“. Auch die Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ sei nicht auf die Unterschiede zwischen den beiden in Ost- und Westeuropa vorherrschenden Wirtschaftssystemen näher eingegangen und über die Idee einer Koexistenz nicht hinausgekommen. Dies könne nicht das letzte Wort seitens der Kirchen sein, und das müsse man für die Vierte Vollversammlung des Weltrates in Uppsala 1968 bedenken. Man sollte vielmehr über die These nachdenken, nach der „die prinzipielle Voraussetzung der kommunistischen